



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

OFFENLEGUNGSBERICHT

nach Artikel 431 ff. CRR
inklusive Offenlegung gemäß InstitutsVergV

Stichtag: 31.12.2014



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
1. Motivation und Ziele der Offenlegung	4
2. Erklärung zur Angemessenheit der Risikomanagementverfahren nach Artikel 435 Absatz 1 Buchstabe e CRR	5
3. Allgemeine Anforderungen	6
3.1 Name des Kreditinstituts	6
3.2 Grundlegende Unterschiede der Konsolidierung zu Rechnungslegungs- und aufsichtsrechtlichen Zwecken inkl. Darstellung der Konsolidierungskreise	6
4. Eigenmittel der Bank	9
4.1 Beschreibung der Hauptmerkmale	9
4.2 Eigenkapitalstruktur	11
4.3 Eigenmittelinstrumente	15
4.4 Eigenmittelanforderungen	18
4.5 Gesamtkennziffer	26
5. Risikomanagement	27
5.1 Überblick	28
5.2 Adressenausfallrisiken	32
5.2.1 Allgemein	32
5.2.2 Notleidende bzw. in Verzug geratene Kredite	37
5.3 Marktpreisrisiken	40
5.4 Operationelle Risiken	43
5.5 Liquiditätsrisiken	44
5.6 Ergebniseinbruchrisiken	45
5.7 Gesamtbanksteuerung	46
6. Nicht im Handelsbuch enthaltene Beteiligungspositionen	47
7. Instrumente und Methoden	50
7.1 Ratingsystem / Inanspruchnahme von ECAI	50
7.2 Kreditminderungstechniken	51
8. Gegenparteiausfallrisiko	53
9. Unbelastete Vermögenswerte	54
10. Offenlegung gemäß § 16 InstitutsVergV	55
11. Schlusserklärung	58



Vorwort

Die Veröffentlichung des aktuellen Offenlegungsberichts zum Berichtsstichtag 31. Dezember 2014 erfolgt erstmals gemäß den zum 1. Januar 2014 in Kraft getretenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen der CRR (Capital Requirements Directive IV/EU-Richtlinie 2013/36/EU).

Der vorliegende Bericht gibt es umfassendes Bild über das aktuelle Risikoprofil und das Risikomanagement von Berenberg. Er umfasst insbesondere Angaben über

- die aufsichtsrechtliche und handelsrechtliche Struktur,
- die Eigenmittelausstattung,
- das allgemeine Risikomanagementsystem von Berenberg sowie
- das Risikomanagement auf einzelne Risikoarten

Artikel 431 ff. CRR verpflichtet Institute, regelmäßig qualitative und quantitative Informationen über das Eigenkapital, die eingegangenen Risiken, die eingesetzten Risikomanagementverfahren und Kreditminderungsstechniken zu veröffentlichen und über förmliche Verfahren und Regelungen zur Erfüllung dieser Offenlegungspflichten zu verfügen.

Nach Artikel 431 ff. CRR finden die Offenlegungsvorschriften der CRR Anwendung auf Institute, die unter den Artikel 4 Absatz 1 Nr. 3 CRR fallen. Im Rahmen dieses Offenlegungsberichts werden von der Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG (im Folgenden «Berenberg» genannt) die Offenlegungsanforderungen der CRR für das Einzelinstitut dargelegt (Artikel 432 Abs. 1 CRR). In Übereinstimmung mit Artikel 432 CRR unterliegen die in diesem Bericht offen gelegten Informationen dem Wesentlichkeitsgrundsatz. Informationen, die rechtlich geschützt oder vertraulich sind, sind nicht Gegenstand der Offenlegung.

Auf eine Offenlegung auf Basis der Institutsgruppe wird verzichtet, weil diese zusätzlichen Informationen nicht wesentlich sind (Artikel 432 Absatz 1 CRR). Ihre Auslassung würde die Beurteilung oder die Entscheidung des Lesers, der sich bei wirtschaftlichen Entscheidungen auf diese Informationen stützt, nicht ändern oder beeinflussen. Eine Offenlegungspflicht besteht nicht für solche Informationen, die nicht wesentlich, rechtlich geschützt oder vertraulich sind (Artikel 432 Absatz 2 CRR).

Die Angemessenheit und Zweckmäßigkeit der Offenlegungspraxis des Instituts muss regelmäßig überprüft werden. Berenberg hat hierzu Rahmenvorgaben für den Offenlegungsbericht erstellt. Die operativen Vorgaben und Verantwortlichkeiten sind zusätzlich in Arbeitsanweisungen geregelt.

Der Offenlegungsbericht wird jährlich aktualisiert und zeitnah auf der Internetseite neben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht als eigenständiger Bericht veröffentlicht.



1. Motivation und Ziele der Offenlegung

Gemäß des Teil VIII der zum 01. Januar 2014 in Kraft getretenen Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (im folgenden CRR genannt) in Verbindung mit § 26a Kreditwesengesetz (KWG) ist Berenberg verpflichtet, im jährlichen Turnus qualitative und quantitative Informationen zu folgenden Punkten zu veröffentlichen:

- Risikomanagementzielen und -politik,
- Anwendungsbereich,
- Eigenmittel und -anforderungen,
- den Kredit- bzw. Adressausfallrisiken,
- Marktpreisrisiko,
- Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch,
- Operationelles Risiko,
- Unbelastete Vermögenswerte,
- Unternehmensführungsregeln und
- Vergütungspolitik.

Der hiermit vorliegende Bericht dient zur Erfüllung der Offenlegungsanforderungen für Berenberg zum Berichtsstichtag 31.12.2014. Als Medium der Offenlegung dieses Berichts wird die Internetseite der Bank genutzt.

Gemäß Artikel 432 CRR und in Einklang mit der EBA/GL/2014/14 zur Wesentlichkeit und Vertraulichkeit der Offenlegung unterliegen die dargestellten Berichtsinhalte dem Wesentlichkeitsgrundsatz. Rechtliche geschützte oder vertrauliche Informationen sind nicht Gegenstand dieses Berichts. Um eine adäquate Offenlegungspraxis zu gewährleisten, finden regelmäßige Überprüfungen der Berichtsinhalte statt. Die entsprechenden Verantwortlichkeiten und Rahmenbedingungen sind in Arbeitsanweisungen geregelt. Berenberg geht davon aus, dass die nachfolgenden Berichtsinhalte eine umfassende Information über das Gesamtrisikoprofil bietet.



2. Erklärung zur Angemessenheit der Risikomanagementverfahren nach Artikel 435 Absatz 1 Buchstabe e CRR

Berenberg hat das Ziel, eine nachhaltige risikoadäquate Verzinsung des eingesetzten Kapitals für ihre Gesellschafter zu erwirtschaften. Die Bank nutzt gezielt die sich an ihren Märkten ergebenden Chancen. Hierzu ist sie bereit, Risiken bewusst und in wirtschaftlich tragbarer Höhe einzugehen.

Die Ausgestaltung des Risikomanagementsystems der Bank ist bestimmt durch ihre Geschäfts- und Risikostrategie. Für die Ausarbeitung und Umsetzung dieser Strategien ist die Geschäftsleitung verantwortlich. Die Risikostrategie leitet sich konsistent aus der nachhaltigen Geschäftsstrategie der Bank ab. Sie definiert Regeln für den Umgang mit Risiken, welche sich unmittelbar oder mittelbar aus den Geschäftsaktivitäten der Bank ergeben. Diese Regeln bilden die Grundlage für ein unternehmensweit einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement.

Die Risikostrategie erfasst insbesondere die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten und ist ein auf die Marktaktivitäten und die interne Steuerung ausgerichtetes Instrument, das jährlich überprüft und ggf. angepasst wird. Für bestimmte Risikoarten sind jeweils Risiko-Teilstrategien festgelegt und separat dokumentiert. Risiken dürfen nur im Rahmen der Risikotragfähigkeit eingegangen werden. Das notwendige Risikobewusstsein wird unterstützt durch eine funktionierende Kommunikation. Dies wird nur in begrenztem Maße durch Anweisungen, Kontrollmaßnahmen und Sanktionsmechanismen erreicht. Risikobewusstsein ist vielmehr Ausdruck einer chancen- und risikoorientierten Unternehmenskultur. Diese wiederum wird maßgeblich geprägt durch den Managementstil und den Umgang mit Risiken durch die Geschäftsleitung.

Der Risikomanagement-Prozess umfasst alle Aktivitäten zum systematischen Umgang mit Risiken im Unternehmensbereich. Dazu gehören die Identifikation, Analyse, Bewertung, Steuerung und Dokumentation der Risiken im Unternehmen, die operative Überwachung des Erfolges der Steuerungsmaßnahmen sowie die Überwachung der Effektivität und Angemessenheit der Maßnahmen des Risikomanagements.

Zusammenfassend geht Berenberg davon aus, dass die implementierten Methoden, Modelle und Prozesse jederzeit geeignet sind, ein an der Strategie und dem Gesamtrisikoprofil orientiertes Risikomanagementsystem sicherzustellen.

Die Geschäftsleitung

Andreas Brodtmann

Dr. Hans-Walter Peters

Hendrik Riehmer



3. Allgemeine Anforderungen

Der aufsichtsrechtliche Konsolidierungskreis für die Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung definiert sich gemäß § 10a KWG in Verbindung mit Artikel 18 ff. CRR.

Der handelsrechtliche Konsolidierungskreis wird dagegen ausschließlich nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

3.1 Name des Kreditinstituts

Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG (Artikel 436 Buchstabe a CRR)

Berenberg ist in den vier Geschäftsbereichen Private Banking, Investment Banking, Asset Management und Corporate Banking tätig.

3.2 Grundlegende Unterschiede der Konsolidierung zu Rechnungslegungs- und aufsichtsrechtlichen Zwecken inkl. Darstellung der Konsolidierungskreise

Angaben gem. Artikel 436 Buchstabe b CRR

Die Bank ist gem. § 340a Abs. 1 i. V. m. § 290 Abs. 1 Satz 1 HGB verpflichtet, einen Konzernabschluss nach handelsrechtlichen Grundsätzen aufzustellen.

Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte nach der Neubewertungsmethode gem. § 301 Abs. 1 Satz 2 HGB durch Verrechnung der Buchwerte der Bank mit dem anteiligen Kapital der Tochtergesellschaften. Die Verrechnung erfolgt auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Tochterunternehmen.

Die Konsolidierung nach der Equity-Methode wird gem. § 312 Abs. 1 HGB nach der Buchwertmethode bestimmt. Die Verrechnung erfolgt auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des assoziierten Unternehmens.

Handelsrechtlicher Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss der Berenberg Gruppe werden folgende Unternehmen einbezogen:

- Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Hamburg - Berenberg
- Berenberg Bank (Schweiz) AG, Zürich
- Berenberg Lux Invest S.A., Luxemburg
- Berenberg Beteiligungsholding GmbH, Hamburg
- Berenberg Americas LLC, Boston
- Berenberg Capital Markets LLC, Boston
- Berenberg Asset Management LLC, New York
- Berenberg Private Capital GmbH, Hamburg
- Berenberg Privat-Treuhand GmbH, Hamburg



Zudem wird als assoziiertes Unternehmen die Universal Investment Gesellschaft mbH nach der Equity-Methode konsolidiert.

Von der Einbeziehung weiterer Konzernunternehmen wurde abgesehen, da diese Unternehmen gem. § 296 Abs. 2 HGB bzw. als assoziierte Unternehmen gem. § 311 Abs. 2 HGB für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge, die sich aus den gegenseitigen Geschäftsbeziehungen ergeben, wurden verrechnet. Zwischenergebnisse sind nicht vorhanden.

Nähere Angaben zu den einbezogenen Unternehmen sind unter Punkt 6 Nicht im Handelsbuch enthaltene Beteiligungspositionen zu finden.

Aufsichtsrechtliche Konsolidierung

Aufsichtsrechtlich werden Institute, Kapitalanlagegesellschaften, Finanzunternehmen und Anbieter von Nebenleistungen gem. Artikel 18 CRR in Verbindung mit § 10a Abs. 1 KWG konsolidiert. Die unterschiedliche Einbeziehung in den Abschluss ist der folgenden Darstellung zu entnehmen:

Beschreibung	Name	Aufsichtsrechtliche Behandlung					Konsolidierung nach Rechnungslegung voll
		Konsolidierung gemäß Art. 18 CRR voll	Befreiung gemäß Art. 19 CRR	Berücksichtigung gemäß Art. 470 Abs. 2b und 3 CRR (Schwellenwertverfahren)	CET1 Abzug gemäß § 32 SolvV	Risikogewichtet Beteiligungen	
Kreditinstitut	Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG	x					x
Kreditinstitut	Berenberg Bank (Schweiz) AG	x					x
Kapitalanlagegesellschaft	Berenberg Lux Invest S.A.	x					x
Finanzinstitut	Berenberg Beteiligungs-holding GmbH	x					x
Finanzinstitut	Berenberg Americas LLC	x					x
Finanzinstitut	Berenberg Capital Markets LLC	x					x
Sonstiges Unternehmen	Berenberg Asset Management LLC					x	x
Sonstiges Unternehmen	Berenberg Private-Treuhand GmbH					x	x
Sonstiges Unternehmen	Berenberg Private Capital GmbH					x	x
Sonstiges Unternehmen	Beteiligungsgesellschaft Berenberg GmbH					x	
Sonstiges Unternehmen	LTW Verwaltungsgesellschaft mbH					x	
Sonstiges Unternehmen	Berenberg Consult G.m.b.H.					x	
Sonstiges Unternehmen	Berenberg Capital Management GmbH					x	
Finanzinstitut	Berenberg Asset Holding GmbH		x			x	
Sonstiges Unternehmen	Berenberg Treuhand G.m.b.H.					x	
Finanzinstitut	Diligentia Beteiligungsgesellschaft m.b.H.		x			x	
Sonstiges Unternehmen	Berenberg Real Estate					x	

**Aufsichtsrechtliche Behandlung**

Beschreibung	Name	Konsolidierung gemäß Art. 18 CRR voll	Befreiung gemäß Art. 19 CRR	Berücksichtigung gemäß Art. 470 Abs. 2b und 3 CRR (Schwellenwert- verfahren)	CET1 Abzug gemäß § 32 SolvV	Risiko- gewichtet Beteiligungen	Konsolidierung nach Rech- nungslegung voll
nehmen	Asset Management GmbH						
Sonstiges Unter- nehmen	KVG Binnenalster Invest AG						x
Sonstiges Unter- nehmen	KVG Binnenalster Fonds- management GmbH						x
Finanzinstitut	PBG Parkhausfonds Betei- ligungsges. mbH			x			x
Finanzinstitut	Parkhausfonds Equity Invest GmbH & Co. KG			x			x
Sonstiges Unter- nehmen	Parkhausfonds Objekt Leipzig GmbH & Co. KG						x
Sonstiges Unter- nehmen	Parkhausfonds Objekt Villingen GmbH & Co. KG						x
Sonstiges Unter- nehmen	Parkhausfonds Objekt Schwenningen GmbH & Co. KG						x
Sonstiges Unter- nehmen	Parkhausfonds Objekt Potsdam GmbH & Co. KG						x
Finanzinstitut	BPC Grundbesitz Verwal- tungs GmbH			x			x
Finanzinstitut	Bergos AG			x			x

Zum Stichtag liegen keine Tochtergesellschaften vor, die eine Kapitalunterdeckung aufweisen (Artikel 436 Buchstabe c und d CRR).

Rechtliche oder bedeutende tatsächliche Hindernisse für die unverzügliche Übertragung von Eigenmitteln oder die Rückzahlung von Verbindlichkeiten durch die Bank auf oder an die Tochtereinheit sind weder vorhanden noch abzusehen.



4. Eigenmittel der Bank

4.1 Beschreibung der Hauptmerkmale

Nachstehend werden die Hauptmerkmale der von Berenberg begebenen Instrumente des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals dargestellt.

Hauptmerkmale der Kapitalinstrumente	Instrument I	Nachrangdarlehen I	Nachrangdarlehen II	Nachrangdarlehen III	Nachrangdarlehen IV	Nachrangdarlehen V
1 Emittent	Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG	Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG	Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG	Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG	Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG	Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG
2 Einheitliche Kennung	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
3 Für das Instrument geltendes Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht	Deutsches Recht
<i>Aufsichtsrechtliche Behandlung</i>						
4 CRR-Übergangsregelungen	Hartes Kernkapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
5 CRR-Regelungen nach der Übergangszeit	Hartes Kernkapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital	Ergänzungskapital
6 Anrechenbar auf Solo-/Konzern-/Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene	Solo- und Konzernebene
7 Instrumenttyp	Kommandit- und Komplementärkapital	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen
8 Auf aufsichtsrechtliche Eigenmittel anrechenbarer Betrag	150.000.000,00	10.000.000,00	10.000.000,00	5.000.000,00	10.000.000,00	10.000.000,00
9 Nennwert des Instruments	150.000.000,00	10.000.000,00	10.000.000,00	5.000.000,00	10.000.000,00	10.000.000,00
9a Ausgabepreis	100%	100%	100%	100%	100%	100%
9b Tilgungspreis	k.A.	100%	100%	100%	100%	100%
10 Rechnungslegungsklassifikation	Gezeichnetes Kapital	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen	Nachrangdarlehen
11 Ursprüngliches Ausgabedatum	diverse	02.06.2008	25.06.2008	18.12.2008	03.12.2009	30.11.2009
12 Unbefristet oder mit Verfalltermin	unbefristet	01.06.2018	25.06.2018	07.01.2019	03.01.2020	30.01.2020
13 Ursprünglicher Fälligkeitstermin	k.A.	01.06.2018	25.06.2018	07.01.2019	03.01.2020	30.01.2020
14 Durch Emittenten kündbar mit vorheriger Zustimmung der Aufsicht	nein	ja	ja	ja	ja	ja
15 Wählbarer Kündigungstermin, bedingte Kündigungstermine und Tilgungsbetrag	k.A.	6 Monate zur nächsten Zinsfälligkeit				
16 Spätere Kündigungstermine, wenn anwendbar	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
<i>Coupons / Dividenden</i>		6,55%	6,80%	6,25%	6,00%	6,00%



Hauptmerkmale der Kapitalinstrumente	Instrument I	Nachrangdarlehen I	Nachrangdarlehen II	Nachrangdarlehen III	Nachrangdarlehen IV	Nachrangdarlehen V
17 Feste oder variable Dividenden-/ Couponzahlungen	variabel	fest	fest	fest	fest	fest
18 Nominalcoupon und etwaiger Referenzindex	nicht zutreffend	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
19 Bestehen eine "Dividenden-Stopps"	nein	nein	nein	nein	nein	nein
20a Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (zeitlich)	Teilweise diskretionär	zwingend	zwingend	zwingend	zwingend	zwingend
20b Vollständig diskretionär, teilweise diskretionär oder zwingend (in Bezug auf den Betrag)	teilweise diskretionär In Abstimmung mit den Gesellschaftern	zwingend	zwingend	zwingend	zwingend	zwingend
21 Bestehen einer Kostenanstiegs Klausel oder eines anderen Tilgungsanreizes	nein	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
22 Nicht kumulativ oder kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ	nicht kumulativ
23 Wandelbar oder nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar	nicht wandelbar
24 Wenn wandelbar: Auslöser für die Wandlung	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
25 Wenn wandelbar: ganz oder teilweise	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
26 Wenn wandelbar: Wandlungsrate	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
27 Wenn wandelbar: Wandlung obligatorisch oder fakultativ	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
28 Wenn wandelbar: Typ des Instruments, in das gewandelt wird	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
29 Wenn wandelbar: Emittent des Instruments, in das gewandelt wird	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
30 Herabschreibungsmerkmale	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
31 Bei Herabschreibung: Auslöser für die Herabschreibung	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
32 Bei Herabschreibung: ganz oder teilweise	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
33 Bei Herabschreibung: dauerhaft oder vorübergehend	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
34 Bei vorübergehender Herabschreibung: Mechanismus der Wiederschreibung	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
35 Position in der Rangfolge im Liquidationsfall	letzter Rang	nachrangig	nachrangig	nachrangig	nachrangig	nachrangig
36 Unvorschriftsmäßige Merkmale der gewandelten Instrumente	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
37 ggf. unvorschriftsmäßige Merkmale nennen	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.



4.2 Eigenkapitalstruktur

Angaben gem. Artikel 437 CRR

Die Berechnung der Eigenmittel wird auf Basis des KWG und der CRR durchgeführt. Für die Berechnung der Eigenmittel und Risikopositionen wird das Konzernabschlussverfahren angewendet.

Offenlegung der Eigenmittel		Betrag 31.12.2014 in Mio. €	Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Verweise auf Artikel
Hartes Kernkapital (CET1): Instrumente und Rücklagen			
1	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	152,8	26 (1), 27, 28, 29
	davon: Art des Finanzinstruments 1	152,8	Verzeichnis der EBA gemäß Artikel 26 Abs. 3
	davon: Art des Finanzinstruments 2		Verzeichnis der EBA gemäß Artikel 26 Abs. 3
	davon: Art des Finanzinstruments 3		Verzeichnis der EBA gemäß Artikel 26 Abs. 3
2	Einbehaltene Gewinne	89,7	26 (1) (c)
3	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	0	26 (1)
3a	Fonds für allgemeine Bankrisiken	13,4	26 (1) (f)
4	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 3 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das CET1 ausläuft	0	486 (2)
5	Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	0	84
5a	Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	0	26 (2)
6	Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	255,9	Summe der Zeile 1 bis 5a
Hartes Kernkapital (CET1): regulatorische Anpassungen			
7	Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)	0	34, 105
8	Immaterielle Vermögenswerte	-6,5	36 (1) (b), 37
9	In der EU: leeres Feld	0	
10	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind)	0	36 (1) (c), 38
11	Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Geschäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	0	33 (1) (a)
12	Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	0	36 (1) (d), 40, 159
13	Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt	0	32 (1)
14	Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbindlichkeiten	0	33 (1) (b)
15	Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage	0	36 (1) (e), 41
16	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals	0	36 (1) (f), 42
17	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen	0	36 (1) (g), 44



Offenlegung der Eigenmittel		Betrag 31.12.2014 in Mio. €	Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Verweise auf Artikel
18	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0	36 (1) (h), 43, 45, 46, 49 (2) und (3), 79
19	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0	36 (1) (i), 43, 45, 47, 48 (1) (b), 49 (1) bis (3), 79
20	In der EU: leeres Feld	0	
20a	Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1 250 % zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht.	0	36 (1) (k)
20b	davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektor	0	36 (1) (k) (i), 89 bis 91
20c	davon: Verbriefungspositionen	0	36 (1) (k) (ii), 243 (1) (b), 244 (1) (b), 258
20d	davon: Vorleistungen	0	36 (1) (k) (iii), 379 (3)
21	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10%, verringert und entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Abs. 3 erfüllt sind)	0	36 (1) (c), 38, 48 (1) (a)
22	Betrag, der über dem Schwellenwert von 15 % liegt	0	48 (1)
24	In der EU: leeres Feld	0	
25	davon: von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	0	36 (1) (c), 38, 48 (1) (a)
25a	Verluste des laufenden Geschäftsjahres	0	36 (1) (a)
25b	Vorhersehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals	0	36 (1) (l)
27	Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet	0	36 (1) (j)
28	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (VET1) insgesamt	-6,5	Summe der Zeile 7 bis 20a, 21, 22, zuzüglich Zeilen 25a bis 27
29	Hartes Kernkapital (CET1)	249,4	Zeile 6 abzüglich Zeile 28
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente			
30	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	0	51, 52
31	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	0	
32	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	0	
33	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT1 ausläuft	0	486 (3)
34	Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Dritten gehalten werden	0	85, 86
35	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	0	486 (3)
36	Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen	0	Summe der Zeilen 30, 33 und 34



Offenlegung der Eigenmittel		Betrag 31.12.2014 in Mio. €	Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Verweise auf Artikel
Zusätzliches Kernkapital (AT1): regulatorische Anpassungen			
37	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eingegangenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals	0	52 (1) (b), 56 (a), 57
38	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen	0	56 (b), 58
39	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0	56 (c), 59, 60, 79
40	Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0	56 (d), 59, 79
41	In der EU: leeres Feld	0	
42	Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet	0	56
43	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT1) insgesamt	0	Summe der Zeilen 37 bis 42
44	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	0	Zeile 36 abzüglich Zeile 43
45	Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	249,4	Summe der Zeilen 29 und 44
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen			
46	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	37,8	62, 63
47	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das T2 ausläuft	0	486 (4)
48	Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeteiligungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0	87, 88
49	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	0	486 (4)
50	Kreditrisikoanpassungen	0	62 (c) und (d)
51	Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	37,8	
Ergänzungskapital (T2): regulatorische Anpassungen			
52	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen	0	63 (b) (i), 66 (a), 67
53	Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen	0	66 (b), 68
54	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0	66 (c), 69, 70, 79
55	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0	66 (d), 69, 79



Offenlegung der Eigenmittel		Betrag 31.12.2014 in Mio. €	Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Verweise auf Artikel
56	In der EU: leeres Feld	0	
57	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt	0	Summe der Zeilen 52 bis 56
58	Ergänzungskapital (T2)	37,8	Zeile 51 abzüglich Zeile 57
59	Eigenkapital insgesamt (TC = T1 + T2)	287,2	Summe der Zeilen 45 und 58
60	Risikogewichtete Aktiva insgesamt	1.892,0	
Eigenkapitalquoten und -puffer			
61	Harte Kernkapitalquote	13,18	92 (2) (a)
62	Kernkapitalquote	13,18	92 (2) (b)
63	Gesamtkapitalquote	15,18	92 (2) (c)
64	Institutsspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe a, zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute, ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	k.A.	CRD 128, 129, 130, 131, 133
65	davon: Kapitalerhaltungspuffer	k.A.	
66	davon: antizyklischer Kapitalpuffer	k.A.	
67	davon: Systemrisikopuffer	k.A.	
67a	davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI)	k.A.	
68	Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer	k.A.	CRD 128
69	[in EU-Verordnung nicht relevant]	k.A.	
70	[in EU-Verordnung nicht relevant]	k.A.	
71	[in EU-Verordnung nicht relevant]	k.A.	
Beträge unter den Schwellenwerten für Abzüge (vor Risikogewichtung)			
72	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	k.A.	36 (1) (h), 46, 45, 56 (c), 59, 60, 66 (c), 69, 70
73	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	20,1	36 (1) (i), 45, 48
74	In der EU: leeres Feld	k.A.	
75	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10%, verringert und entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Abs. 3 erfüllt sind)	k.A.	36 (1) (c), 38, 48
Anwendbare Obergrenze für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital			
76	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	k.A.	62
77	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	k.A.	62
78	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	k.A.	62
79	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	k.A.	62

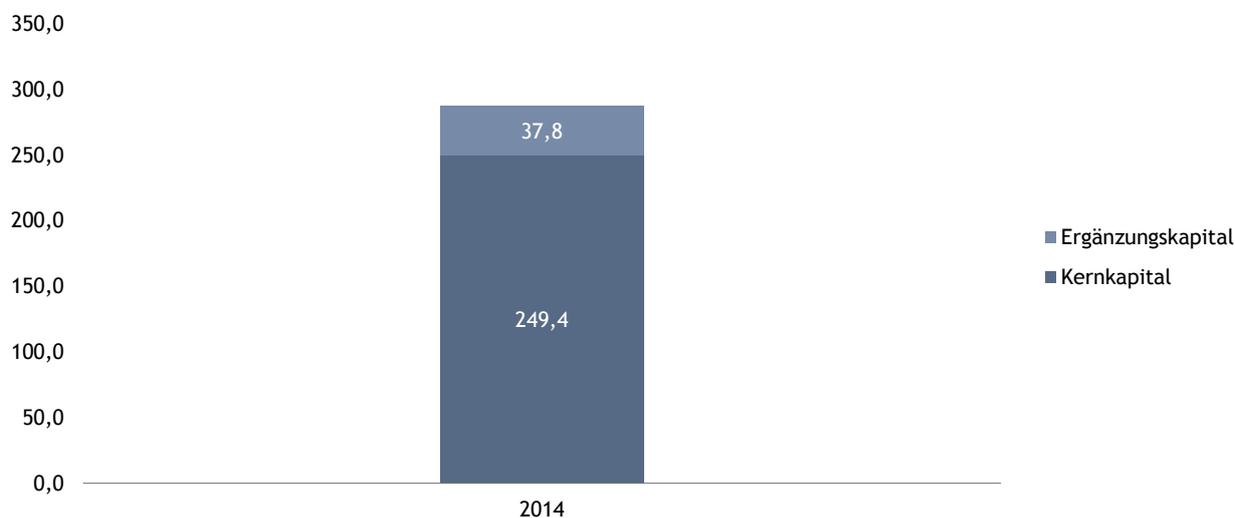


Offenlegung der Eigenmittel		Betrag 31.12.2014 in Mio. €	Verordnung (EU) Nr. 575/2013 Verweise auf Artikel
Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten			
80	• Derzeitige Obergrenze für CET1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	k.A.	484 (3), 486 (2) und (5)
81	• Wegen Obergrenze aus CET1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	k.A.	484 (3), 486 (2) und (5)
82	• Derzeitige Obergrenze für AT1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	k.A.	484 (4), 486 (3) und (5)
83	• Wegen der Obergrenze aus AT1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeit)	k.A.	484 (4), 486 (3) und (5)
84	• Derzeitige Obergrenze für T2-Instrumente, für die Auslaufregelungen gelten	k.A.	484 (5), 486 (4) und (5)
85	• Wegen Obergrenze aus T2 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	k.A.	484 (5), 486 (4) und (5)

Die Eigenmittel setzen sich aus dem Kernkapital Tier 1 und dem Ergänzungskapital Tier 2 zusammen.

Das Kernkapital besteht aus dem gezeichneten Kapital sowie den Rücklagen. Dem Ergänzungskapital sind die langfristigen Nachrangverbindlichkeiten zuzurechnen.

Zusammensetzung Eigenmittel



4.3 Eigenmittelinstrumente

Eigenmittelstruktur

Die in die Zusammenfassung gemäß § 10a Abs. 5 KWG bzw. § 10a Abs. 4 KWG einbezogenen Eigenmittelinstrumente umfassen das auf die gruppenangehörigen Unternehmen des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises entfallende harte Kernkapital sowie Ergänzungskapital. Zusätzliches Kernkapital wurde von gruppenangehörigen Unternehmen des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises nicht begeben.



Hartes Kernkapital

Das harte Kernkapital enthält im Wesentlichen das bilanzielle Eigenkapital. Das gezeichnete Eigenkapital von Berenberg ist voll eingezahlt. Die offenen Rücklagen umfassen die Gewinnrücklagen. Ein gebildeter Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340e Abs. 4 HGB i. V. m. § 340g HGB wird entsprechend § 10a Abs. 5 KWG unter den anrechenbaren offenen Rücklagen ausgewiesen.

Ergänzungskapital

Das Ergänzungskapital (T 2) von Berenberg gemäß Artikel 62 CRR setzt sich aus anrechenbaren längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 37,8 Mio. Euro zusammen. Abzugsposten vom Ergänzungskapital gemäß Artikel 66 CRR bestehen nicht.

Unter der Position „Nachrangige Verbindlichkeiten“ werden Verbindlichkeiten ausgewiesen, die im Falle der Insolvenz oder der Liquidation erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden. Nachrangige Verbindlichkeiten sind Eigenmittel im Sinne des Artikels 62 CRR und zählen unter den Voraussetzungen des Artikels 63 CRR zum haftenden Eigenkapital. Gemäß Artikel 64 CRR soll die Anrechenbarkeit in den letzten fünf Jahren vor Fälligkeit stetig in Abhängigkeit der in Tagen berechneten Restlaufzeit linear abnehmend ermittelt werden. Alle nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des Artikels 63 CRR.

Die folgende Tabelle zeigt die Überleitung der Eigenkapital-Bestandteile des geprüften Konzernabschlusses der Berenberg Gruppe zu den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln gemäß Artikel 437 Absatz 1 Buchstabe a CRR i. V. m. Anhang I der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 1423/2013 der Kommission vom 20. Dezember 2013:

Offenlegung Hauptmerkmale der Kapitalinstrumente

Abstimmung sämtlicher Bestandteile des regulatorischen Eigenkapitals mit der Bilanz Überleitungsrechnung vom bilanziellen zum regulatorisch ausgewiesenen Kapital	Kapital gemäß handelsrechtlichem Konsolidierungskreis 31.12.2014 in Mio. €	Kapital gemäß aufsichtsrechtlichem Konsolidierungskreis 31.12.2014 in Mio. €	Eigenmittel gemäß CRR 31.12.2014 in Mio. €
Hartes Kernkapital (CET 1): Instrumente und Rücklagen			
Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	150,0	152,8	152,8
davon: gezeichnetes Kapital	150,0	152,8	152,8
Einbehaltene Gewinne	42,0	42,8	0,0
Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen)	93,4	89,7	89,7
davon: Kapitalrücklage	0,0	0,0	0,0
davon: Gewinnrücklage	91,1	89,7	89,7
davon: Bilanzverlust	0,0	0,0	0,0
davon: Währungsumrechnungsdifferenzen	2,3	0,0	0,0
Fonds für allgemeine Bankrisiken	15,7	15,7	13,4
Hartes Kernkapital (CET 1) vor regulatorischen Anpassungen	259,1	255,9	255,9
Zusätzliche Bewertungsanpassungen (negativer Betrag)			0,0
Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuerschulden) (negativer Betrag)	-4,3	-4,3	-6,5



Abstimmung sämtlicher Bestandteile des regulatorischen Eigenkapitals mit der Bilanz Überleitungsrechnung vom bilanziellen zum regulatorisch ausgewiesenen Kapital	Kapital gemäß handelsrechtlichem Konsolidierungskreis 31.12.2014 in Mio. €	Kapital gemäß aufsichtsrechtlichem Konsolidierungskreis 31.12.2014 in Mio. €	Eigenmittel gemäß CRR 31.12.2014 in Mio. €
Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind) (negativer Betrag)	0,0	0,0	0,0
Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage (negativer Betrag)	0,0	0,0	0,0
Direkte, indirekte und synthetische Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen) (negativer Betrag)	0,0	0,0	0,0
Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1250 % zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forderungsbetrag vom Betrag der Posten des harten Kernkapitals abzieht	0,0	0,0	0,0
Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET 1) insgesamt	-4,3	-4,3	-6,5
Hartes Kernkapital (CET 1)	254,8	251,6	249,4
Zusätzliches Kernkapital (AT 1); Instrumente			
Kapital Instrumente und das mit ihnen verbundene Agio	0,0	0,0	0,0
davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	0,0	0,0	0,0
Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das AT 1 ausläuft	0,0	0,0	0,0
Zusätzliches Kernkapital (AT 1) vor regulatorischen Anpassungen	0,0	0,0	0,0
Zusätzliches Kernkapital (AT 1): regulatorische Anpassungen	0,0	0,0	0,0
Restbetrag der während der Übergangszeit vom zusätzlichen Kernkapital und nicht vom harten Kernkapital abgezogen wird gemäß Artikel 472 CRR	0,0	0,0	0,0
Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals (AT 1) insgesamt	0,0	0,0	0,0
Zusätzliches Kernkapital (AT 1)	0,0	0,0	0,0
Kernkapital (T 1 = CET 1 + AT 1)	254,8	251,6	249,4
Ergänzungskapital (T 2): Instrumente und Rücklagen			
Kapital Instrumente und das mit ihnen verbundene Agio	45,0	45,0	45,0
Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das T 2 ausläuft	0,0	0,0	0,0
Ergänzungskapital (T 2) vor regulatorischen Anpassungen	45,0	45,0	45,0
Ergänzungskapital (T 2): regulatorische Anpassungen		0,0	
Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge			-7,2
davon: nicht als AT 1 gemäß Artikel 52 CRR anrechenbar jedoch als T 2 gemäß Artikel 63 CRR			0,0
Ergänzungskapital (T 2)			37,8
Eigenkapital insgesamt (TC = T 1 + T 2)			287,2
Risikogewichtete Aktiva insgesamt			1.892,0



4.4 Eigenmittelanforderungen

Angaben gem. Artikel 438 CRR

Im Rahmen des jährlichen Planungsprozesses wird die Angemessenheit der Eigenmittel zur Unterlegung der zukünftigen Aktivitäten beurteilt. Die Eigenkapitalplanung erfolgt risikoadjustiert und orientiert sich an der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank. Sie hat das Ziel, Eigenkapitalengpässe transparent zu machen, um gegen diese vorbeugende Maßnahmen treffen zu können. Bei Bedarf wird dann die Aufnahme von neuem Eigenkapital vorgenommen. Somit stellen wir sicher, dass entsprechend dem individuellen Risikoprofil von Berenberg jederzeit genügend Eigenkapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden ist.

Darüber hinaus erfolgt unterjährig eine tägliche Projektion der Eigenkapitalanforderungen für einen Zeithorizont von 3 Monaten. Dieses System ermöglicht die frühzeitige Erkennung von kurzfristigen Engpässen.

Die Geschäftsleitung wird zudem monatlich über die aktuelle Entwicklung der Eigenkapitalallokation informiert. Für diese Kapitalallokation und -überwachung wird die regulatorische Eigenkapitalanforderung nach CRR verwendet.

Angaben gem. Artikel 438 CRR

Eigenmittel während der Übergangszeit		Betrag am Tag der Offenlegung	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Hartes Kernkapital: Instrumente und Rücklagen				
1	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio		26 (1), 27, 28, 29, Verzeichnis der EBA gemäß Artikel 26 Absatz 3	
	davon: Art des Finanzinstruments 1	152,8	Verzeichnis der EBA gemäß Artikel 26 Abs. 3	152,8
	davon: Art des Finanzinstruments 2	0,0	Verzeichnis der EBA gemäß Artikel 26 Abs. 3	0,0
	davon: Art des Finanzinstruments 3	0,0	Verzeichnis der EBA gemäß Artikel 26 Abs. 3	0,0
2	Einbehaltene Gewinne	89,7	26 (1) (c)	89,7
3	Kumuliertes sonstiges Ergebnis (und sonstige Rücklagen, zur Berücksichtigung nicht realierter Gewinne und Verluste nach den anwendbaren Rechnungslegungsstandards)	0,0	26 (1)	0,0
3a	Fonds für allgemeine Bankrisiken	13,4	26 (1) (f)	13,4
4	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 3 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das CET1 ausläuft	0,0	486 (2)	0,0
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	0,0	483 (2)	0,0
5	Minderheitsbeteiligungen (zulässiger Betrag in konsolidiertem CET1)	0,0	84, 479, 480	0,0
5a	Von unabhängiger Seite geprüfte Zwischengewinne, abzüglich aller vorhersehbaren Abgaben oder Dividenden	0,0	26 (2)	0,0
6	Hartes Kernkapital (CET1) vor regulatorischen Anpassungen	255,9		255,9



Eigenmittel während der Übergangszeit		Betrag am Tag der Offenlegung	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unter- liegen oder vor- geschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Hartes Kernkapital: regulatorische Anpassungen				
7	Zusätzliche Bewertungsanpassungen	0,0	34, 105	0,0
8	Immaterielle Vermögenswerte (verringert um entsprechende Steuer- schulden)	-6,5	36 (1) (b), 37, 472 (4)	-6,5
9	In der EU: leeres Feld			
10	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, ausgenommen derjenigen, die aus temporären Differenzen resultieren (verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind)	0,0	36 (1) (c), 38, 472 (5)	0,0
11	Rücklagen aus Gewinnen oder Verlusten aus zeitwertbilanzierten Ge- schäften zur Absicherung von Zahlungsströmen	0,0	33 (a)	0,0
12	Negative Beträge aus der Berechnung der erwarteten Verlustbeträge	0,0	36 (1) (d), 40, 159, 472 (6)	0,0
13	Anstieg des Eigenkapitals, der sich aus verbrieften Aktiva ergibt	0,0	32 (1)	0,0
14	Durch Veränderungen der eigenen Bonität bedingte Gewinne oder Verluste aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Verbind- lichkeiten	0,0	33 (b)	0,0
15	Vermögenswerte aus Pensionsfonds mit Leistungszusage	0,0	36 (1) (e), 41, 472 (7)	0,0
16	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals	0,0	36 (1) (f), 42, 472 (8)	0,0
17	Positionen in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen	0,0	36 (1) (g), 44, 472 (9)	0,0
18	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzü- glich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0,0	36 (1) (h), 43, 45, 46, 49 (2) (3), 79, 472 (10)	0,0
19	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzü- glich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0,0	36 (1) (i), 43, 45, 47, 48 (1) (b), 49 (1) bis (3), 79, 470, 472 (11)	0,0
20	In der EU: leeres Feld			
20a	Forderungsbetrag aus folgenden Posten, denen ein Risikogewicht von 1 250% zuzuordnen ist, wenn das Institut als Alternative jenen Forde- rungsbetrag vom Betrag des Postens des harten Kernkapitals abzieht	0,0	36 (1) (k)	0,0
20b	davon: qualifizierte Beteiligungen außerhalb des Finanzsektors	0,0	36 (1) (k) (i), 89 bis 91	0,0
20c	davon: Verbriefungspositionen	0,0	36 (1) (k) (ii), 243 (1) (b), 244 (1) (b), 258	0,0
20d	davon: Vorleistungen	0,0	36(1) (k) (iii), 379 (3)	0,0
21	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (über dem Schwellenwert von 10% verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingun- gen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind)	0,0	36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)	0,0
22	Betrag, der über dem Schwellenwert von 15% liegt	0,0	48 (1)	0,0



		Betrag am Tag der Offenlegung	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Eigenmittel während der Übergangszeit				
23	davon: direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0,0	36 (1) (i), 48 (1) (b), 470, 472 (11)	0,0
24	In der EU: leeres Feld			
25	davon: von der künftigen Rentabilität anhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren	0,0	36 (1) (c), 38, 48 (1) (a), 470, 472 (5)	0,0
25a	Verluste des laufenden Geschäftsjahres	0,0	36 (1) (a), 472 (3)	0,0
25b	Vorhersehbare steuerliche Belastung auf Posten des harten Kernkapitals	0,0	36 (1) (l)	0,0
26	Regulatorische Anpassungen im Zusammenhat mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Artikel 467 und 468	0,0		0,0
26a	Regulatorische Anpassungen im Zusammenhat mit nicht realisierten Gewinnen und Verlusten gemäß Artikel 467 und 468	0,0		0,0
	davon: ... Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste 1	0,0	467	0,0
	davon: ... Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste 2	0,0	467	0,0
	davon: ... Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne 1	0,0	468	0,0
	davon: ... Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne 2	0,0	468	0,0
26b	Vom harten Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	0,0	481	0,0
	davon: ...	0,0	481	0,0
27	Betrag der von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringenden Posten, der das zusätzliche Kernkapital des Instituts überschreitet	0,0	36 (1) (j)	0,0
28	Regulatorische Anpassungen des harten Kernkapitals (CET1) insgesamt	-6,5		-6,5
29	Hartes kernkapital (CET1)	249,4		249,4
Zusätzliches Kernkapital (AT1): Instrumente				
30	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	0,0	51, 52	0,0
31	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Eigenkapital eingestuft	0,0		0,0
32	davon: gemäß anwendbaren Rechnungslegungsstandards als Passiva eingestuft	0,0		0,0
33	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 4 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung für das AT1 ausläuft	0,0	486 (3)	0,0
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	0,0	483 (3)	0,0
34	Zum konsolidierten zusätzlichen Kernkapital zählende Instrumente des qualifizierten Kernkapitals (einschließlich nicht in Zeile 5 enthaltener Minderheitsbeteiligungen), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0,0	85, 86 480	0,0
35	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	0,0	486 (3)	0,0
36	Zusätzliches Kernkapital (AT1) vor regulatorischen Anpassungen	0,0		0,0
Zusätzliches Kernkapital (AT1): regulatorische Anpassungen				
37	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals	0,0	52 (1) (b), 56 (a), 57, 475 (2)	0,0



Eigenmittel während der Übergangszeit		Betrag am Tag der Offenlegung	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unter- liegen oder vor- geschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
38	Positionen in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen	0,0	56 (b), 58, 475 (3)	0,0
39	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspostitionen)	0,0	56 (c), 59, 60, 79, 475 (4)	0,0
40	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspostitionen)	0,0	56 (d), 59, 79, 475 (4)	0,0
41	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlung während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	0,0		0,0
41a	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	0,0	472, 472 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) 8a), 472 (11) (a)	0,0
	davon: Zeile für Zeile aufzuführende Posten, ...	0,0		0,0
41b	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	0,0	477, 477 (3), 477 (4) (a)	0,0
	davon: Zeile für Zeile aufzuführende Posten, ...	0,0		0,0
41c	Vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	0,0		0,0
	davon: ... mögliche Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verlusten	0,0	467	0,0
	davon: ... mögliche Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinnes	0,0	468	0,0
	davon: ...	0,0	481	0,0
42	Betrag der von den Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringende Posten, der das Ergänzungskapital des Instituts überschreitet	0,0	56 (e)	0,0
43	Regulatorische Anpassungen des zusätzlichen Kernkapital (AT1) insgesamt	0,0		0,0
44	Zusätzliches Kernkapital (AT1)	0,0		0,0
45	Kernkapital (T1 = CET1 + AT1)	249,4		249,4
Ergänzungskapital (T2): Instrumente und Rücklagen				
46	Kapitalinstrumente und das mit ihnen verbundene Agio	37,8	62, 63	37,8
47	Betrag der Posten im Sinne von Artikel 484 Absatz 5 zuzüglich des mit ihnen verbundenen Agios, dessen Anrechnung auf das T2 ausläuft	0,0	468 (4)	0,0
	Staatliche Kapitalzuführungen mit Bestandsschutz bis 1. Januar 2018	0,0	483 (4)	0,0
48	Zum konsolidierten Ergänzungskapital zählende qualifizierte Eigenmittelinstrumente (einschließlich nicht in den Zeilen 5 bzw. 34 enthaltener Minderheitsbeitrungen und AT1-Instrumente), die von Tochterunternehmen begeben worden sind und von Drittparteien gehalten werden	0,0	87, 88, 480	0,0



Eigenmittel während der Übergangszeit		Betrag am Tag der Offenlegung	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unter- liegen oder vor- geschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
49	davon: von Tochterunternehmen begebene Instrumente, deren Anrechnung ausläuft	0,0	486 (4)	0,0
50	Kreditrisikoanpassungen	0,0	62 (c) und (d)	0,0
51	Ergänzungskapital (T2) vor regulatorischen Anpassungen	37,8		37,8
Ergänzungskapital (t2): regulatorische Anpassungen				
52	Direkte und indirekte Positionen eines Instituts in eigenen Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen	0,0	63 (b) (i), 66 (a), 67, 477 (2)	0,0
53	Positionen in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, die eine Überkreuzbeteiligung mit dem Institut eingegangen sind, die dem Ziel dient, dessen Eigenmittel künstlich zu erhöhen	0,0	66 (b), 68, 477 (3)	0,0
54	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (mehr als 10% und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0,0	66 (c), 69, 70, 79, 477 (4)	0,0
54a	davon: neue Positionen, die keinen Übergangsbestimmungen unterliegen	0,0		0,0
54b	davon: Positionen, die vor dem 1. Januar 2013 bestanden und Übergangsbestimmungen unterliegen	0,0		0,0
55	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des Ergänzungskapitals und nachrangigen Darlehen von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0,0	66 (d), 69, 79, 477 (4)	0,0
56	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlung während der Übergangszeit unterliegen', für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	0,0		0,0
56a	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom hartem Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 472 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	0,0	472, 473 (3) (a), 472 (4), 472 (6), 472 (8) (a), 472 (9), 472 (10) (a), 472 (11) (a)	0,0
	davon Zeile für Zeile aufzuführende Posten, z.B: materielle Zwischenverluste (netto), immaterielle Vermögenswerte, Ausfälle von Rückstellungen für zu erwartende Verluste usw.	0,0		0,0
56b	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringende Restbeträge in Bezug auf vom zusätzlichen Kernkapital in Abzug zu bringende Posten während der Übergangszeit gemäß Artikel 475 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	0,0	475, 475 (2) (a), 475 (3), 475 (4) (a)	0,0
	davon Zeile für Zeile aufzuführende Posten, z. B. Überkreuzbeteiligungen an Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals, direkte Positionen nicht wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche usw.	0,0		0,0
56c	Vom Ergänzungskapital in Abzug zu bringender oder hinzuzurechnender Betrag in Bezug auf zusätzliche Abzugs- und Korrekturposten und gemäß der Vor-CRR-Behandlung erforderliche Abzüge	0,0	467, 468, 481	0,0
	davon: ... mögliche Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Verluste	0,0	467	0,0
	davon: ... möglicher Abzugs- und Korrekturposten für nicht realisierte Gewinne	0,0	468	0,0
	davon: ...	0,0	481	0,0



Eigenmittel während der Übergangszeit		Betrag am Tag der Offenlegung	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unterliegen oder vorgeschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
57	Regulatorische Anpassungen des Ergänzungskapitals (T2) insgesamt	0,0		0,0
58	Ergänzungskapital (T2)	37,8		37,8
59	Eigenkapital Insgesamt (TC = T1 + T2)	287,2		287,2
59a	Risikogewichtete Aktiva in Bezug auf Beträge, die der Vor-CRR-Behandlung und Behandlungen während der Übergangszeit unterliegen, für die Auslaufregelungen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 gelten (d. h. CRR-Restbeträge)	151,4		151,4
	davon: ... nicht vom harten Kernkapital in Abzug zu bringende Posten (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, Restbeträge) (Zeile für Zeile aufzuführende Posten, z. B. von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, verringert um entsprechende Steuerschulden, indirekte Positionen in eigenen Instrumenten des harten Kernkapitals usw.)	0,0	472, 472 (5), 472 (8) (b), 472 (10) (b), 472 (11) (b)	0,0
	davon: ... nicht von Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, Restbeträge) (Zeile für Zeile aufzuführende Posten, z. B. Überkreuzbeteiligungen an Instrumenten des Ergänzungskapitals, direkte Positionen nicht wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche usw.)	0,0	475, 475 (2) (b), 475 (2) (c), 475 (4) (b)	0,0
	davon: ... nicht von Posten des Ergänzungskapitals in Abzug zu bringende Posten (Verordnung (EU) Nr. 575/2013, Restbeträge) (Zeile für Zeile aufzuführende Posten, z. B. indirekte Positionen in Instrumenten des eigenen Ergänzungskapitals, indirekte Positionen nicht wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche, indirekte Positionen wesentlicher Beteiligungen am Kapital anderer Unternehmen der Finanzbranche usw.)	0,0	477, 477 (2) (b), 477 (2) (c), 477 (4) (b)	0,0
60	Risikogewichtete Aktiva insgesamt	151,4		151,4
Eigenkapitalquoten und -puffer				
61	Harte Kernkapitalquote (Ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	13,18%	92 (2) (a), 465	13,18%
62	Kernkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	13,18%	92 (2) (b), 465	13,18%
63	Gesamtkapitalquote (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	15,18%	92 (2) (c)	15,18%
64	Institutspezifische Anforderung an Kapitalpuffer (Mindestanforderung an die harte Kernkapitalquote nach Artikel 92 Absatz 1 Buchstabe a, zuzüglich der Anforderungen an Kapitalerhaltungspuffer und antizyklische Kapitalpuffer, Systemrisikopuffer und Puffer für systemrelevante Institute (G-SRI oder A-SRI), ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	k.A.	CRD 128, 129, 130	k.A.
65	davon: Kapitalerhaltungspuffer	k.A.		k.A.
66	davon: antizyklischer Kapitalpuffer	k.A.		k.A.
67	davon: Systemrisikopuffer	k.A.		k.A.
67a	davon: Puffer für global systemrelevante Institute (G-SRI) oder andere systemrelevante Institute (A-SRI)	k.A.	CRD 131	k.A.
68	Verfügbares hartes Kernkapital für die Puffer (ausgedrückt als Prozentsatz des Gesamtforderungsbetrags)	k.A.	CRD 128	k.A.
69	[in EU-Verordnung nicht relevant]			
70	[in EU-Verordnung nicht relevant]			
71	[in EU-Verordnung nicht relevant]			



Eigenmittel während der Übergangszeit		Betrag am Tag der Offenlegung	Verweis auf Artikel in der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	Beträge, die der Behandlung vor der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 unter- liegen oder vor- geschriebener Restbetrag gemäß Verordnung (EU) Nr. 575/2013
Eigenkapitalquoten und -puffer				
72	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Kapitalinstrumenten von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	0,0	36 (1) (h), 45, 46, 472 (1), 56 (c), 59, 60, 474 (4), 66 (c), 69, 70, 477 (4)	0,0
73	Direkte und indirekte Positionen des Instituts in Instrumenten des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält (weniger als 10 % und abzüglich anrechenbarer Verkaufspositionen)	20,1	36 (1) (i), 45, 48, 470, 472 (11)	20,1
74	In der EU: leeres Feld			
75	Von der künftigen Rentabilität abhängige latente Steueransprüche, die aus temporären Differenzen resultieren (unter dem Schwellenwert von 10 %, verringert um entsprechende Steuerschulden, wenn die Bedingungen von Artikel 38 Absatz 3 erfüllt sind)	0,0	36 (1) (c), 38, 48, 470, 472 (5)	0,0
Anwendbare Obergrenzen für die Einbeziehung von Wertberichtigungen in das Ergänzungskapital				
76	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der Standardansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0,0	62	0,0
77	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des Standardansatzes	0,0	62	0,0
78	Auf das Ergänzungskapital anrechenbare Kreditrisikoanpassungen in Bezug auf Forderungen, für die der auf internen Beurteilungen basierende Ansatz gilt (vor Anwendung der Obergrenze)	0,0	62	0,0
79	Obergrenze für die Anrechnung von Kreditrisikoanpassungen auf das Ergänzungskapital im Rahmen des auf internen Beurteilungen basierenden Ansatzes	0,0	62	0,0
Eigenkapitalinstrumente, für die die Auslaufregelungen gelten				
80	Derzeitige Obergrenze für CET1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	0,0	484 (3), 486 (2) und (5)	0,0
81	Wegen Obergrenze aus CET1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	0,0	484 (3), 486 (2) und (5)	0,0
82	Derzeitige Obergrenze für AT1-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	0,0	484 (4), 486 (3) und (5)	0,0
83	Wegen Obergrenze aus AT1 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	0,0	484 (4), 486 (3) und (5)	0,0
84	Derzeitige Obergrenze für T2-Instrumente, für die die Auslaufregelungen gelten	0,0	484 (5), 486 (4) und (5)	0,0
85	Wegen Obergrenze aus T2 ausgeschlossener Betrag (Betrag über Obergrenze nach Tilgungen und Fälligkeiten)	0,0	484 (5), 486 (4) und (5)	0,0

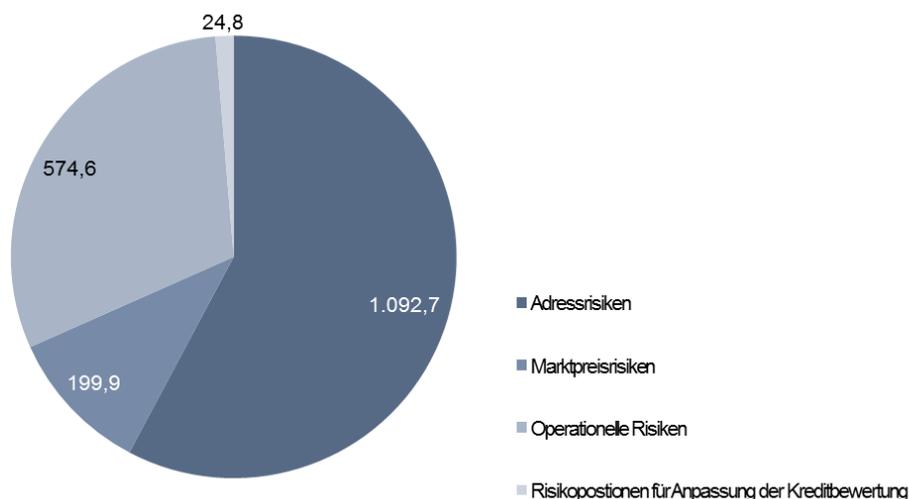


Kreditrisiko in Mio. €	Risikobetrag 2014
Adressenausfallrisiken	
• Risikopositionen gegenüber Zentralregierungen	0,0
• Risikopositionen gegenüber Regionalregierungen und lokale Gebietskörperschaften	0,0
• Risikopositionen gegenüber öffentliche Stellen	0,0
• Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken	0,0
• Risikopositionen gegenüber internationalen Organisationen	0,0
• Risikopositionen gegenüber Institute	140,2
• Risikopositionen gegenüber Unternehmen	827,3
• Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	2,3
• durch Immobilien besicherte Risikopositionen	0,0
• ausgefallene Risikopositionen	1,1
• mit besonders hohen Risiken verbundene Risikopositionen	0,0
• Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	0,0
• Positionen, die Verbriefungspositionen darstellen	0,0
• Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0,0
• Risikopositionen in Form von Anteilen an Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	5,6
• Beteiligungsrisikopositionen	83,8
• Sonstige Positionen	32,3
Abwicklungsrisiken	0,1
Marktrisiken des Handelsbuchs	
• Standardansatz	199,9
Operationelle Risiken gemäß	
• Basisindikatoransatz	574,6
Risikopositionen für Anpassung der Kreditbewertung	24,8
Gesamtrisikobetrag	1.892,0

Die Forderungsklassen Zentralregierungen, Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften und sonstige öffentliche Stellen weisen keine Eigenkapitalanforderungen auf, weil die Anlage in Risikopositionen die den Risikogewicht gem. Artikel 114 Absatz 4 CRR entsprechen.



Eigenmittelanforderungen



4.5 Gesamtkennziffer

In der folgenden Tabelle ist die Gesamt- und Kernkapitalquote des Instituts und der Berenberg Gruppe dargestellt:

Angaben gem. Artikel 438 Buchstabe e CRR

in %	Gesamtkapitalquote	Kernkapitalquote
Berenberg Bank (Schweiz) AG	16,0	16,0
Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG	14,1	11,6
Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG Gruppe	15,2	13,2

Mit dieser Eigenmittelausstattung liegt Berenberg komfortabel über den gesetzlichen Anforderungen. Zudem wendet die Bank bereits heute die vollumfänglichen neuen europäischen Eigenmittelanforderungen an und macht von den möglichen erleichternden Übergangsvorschriften keinen Gebrauch.



5. Risikomanagement

Berenberg hat als Personengesellschaft neben der Geschäftsleitung kein Leitungsorgan im Sinne der CRR. Der Verwaltungsrat ist kein Organ der Gesellschaft und übt lediglich beratende Tätigkeiten aus.

Diversitätsstrategie für die Auswahl der Mitglieder des Leistungsorgans

Diversität ist ein Kriterium der Zusammensetzung von Leitungsorganen. Der Diversitätsgedanke findet auch bei der Auswahl der Mitglieder der Geschäftsführung Berücksichtigung. Die Auswahlstrategie ist – neben den gesetzlichen Regelungen des KWG sowie der CRR – im Gesellschaftsvertrag von Berenberg verankert.

Den beruflichen Werdegang der persönlich haftenden Gesellschafter können Sie der Anlage 2 entnehmen.

Unternehmensführungsregelungen gemäß Artikel 435 Absatz 2 Buchstabe a bis e CRR

Anzahl der von Mitgliedern des Leistungsorgans bekleideten Leitungs- und Aufsichtsfunktionen

In der folgenden Tabelle wird die Anzahl von Leitungs- und Aufsichtsfunktionen der persönlich haftenden Gesellschafter dargestellt

	Anzahl Leitungs- funktionen per 31.12.2014	davon Leitungs- funktionen in der Be- renberg Gruppe per 31.12.2014	Anzahl Aufsichts- funktionen per 31.12.2014	davon Aufsichts- funktionen in der Be- renberg Gruppe per 31.12.2014
Dr. Hans-Walter Peter	7	3	3	1
Hendrik Riehmer	3	1	0	0
Andreas Brodtmann	5	2	0	0

Beschreibung des Informationsflusses an das Leitungsorgan bei Fragen des Risikos

Die Risikoberichterstattung an die Geschäftsführung sowie den Verwaltungsrat erfolgt vierteljährlich in Form eines ausführlichen Risikomanagementberichts. Ausgangspunkt des Risikomanagementberichts ist aufgrund der Wichtigkeit für die unter Risikoaspekten erfolgreiche Fortführung des Unternehmens die Risikotragfähigkeit. Dazu werden die Herleitung des verfügbaren Risikodeckungspotenzials, die Limitauslastung sowie die derzeitige prozentuale Verteilung des Gesamtrisikos auf die einzelnen Risikoarten dargestellt.

Risikoerklärung der Geschäftsführung gemäß Artikel 435 CRR

Die Geschäftsführung von Berenberg hat folgende Risikoerklärung genehmigt:

Erklärung zur Angemessenheit der Risikomanagementverfahren (gemäß Artikel 435 Abs. 1 Buchstabe e) CRR)

„Die Risikomanagementverfahren von Berenberg entsprechen gängigen Standards und richten sich im Rahmen der Proportionalität am Risikogehalt der Positionen aus. Die Verfahren sind geeignet, die Risikotragfähigkeit nachhaltig sicherzustellen. Die beschriebenen Risikoziele werden durch die eingesetzten Verfahren messbar, transparent und steuerbar. Sie passen zur Strategie des Instituts.“

Folglich erachten wir als Geschäftsführung von Berenberg die eingerichteten Risikomanagementsysteme von Berenberg als dem Profil und der Strategie angemessen.“



Risikoerklärung (gemäß Artikel 435 Absatz 1 Buchstabe f) CRR)

„Die Geschäftsstrategie von Berenberg dient als Ausgangspunkt für die Erstellung und konsistente Ableitung unserer Risikostrategie. Diese setzt einen verbindlichen Rahmen für das Eingehen von Risiken unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit und Risikotoleranz sowie das Management von Risiken.

Unser Risikoprofil sowie die von der Geschäftsleitung festgelegte Risikotoleranz der Berenberg Gruppe werden durch das Limitsystem bzw. die Verteilung auf Risikoarten abgebildet.“

5.1 Überblick

Unsere durch Vorsicht geprägte Risikostrategie wurde auch im Berichtsjahr unverändert beibehalten. Dabei bewährt sich unsere bewusste Fokussierung auf weniger risikobehaftete, dienstleistungsorientierte Geschäftsfelder. Die Liquiditätssituation der Bank war über das gesamte Jahr 2014 sehr gut. Unseren Einlagenüberschuss legen wir in einem Wertpapierportfolio an, in dem Papiere deutscher öffentlicher Emittenten mit kurzen Restlaufzeiten dominieren. Zu keinem Zeitpunkt hat die Bank eigene Investments in verbrieften Kreditstrukturen oder in vergleichbaren Anlagen getätigt.

Die strategische Fokussierung auf dienstleistungsorientierte Geschäftsfelder, kombiniert mit dem Einsatz moderner, auf die Struktur des Hauses optimal ausgerichteter Risikomessmethoden, charakterisiert unser Risikomanagement.

Im Rahmen unseres Risikomanagementprozesses werden Adressenausfall-, Marktpreis-, operationelle und Liquiditätsrisiken als wesentliche Risikoarten analysiert. Reputationsrisiken werden im Rahmen des Managements für operationelle Risiken bewertet. Darüber hinaus wird das Ergebniseinbruchrisiko analysiert. Über die Steuerung des Ergebniseinbruchrisikos sollen Verluste durch die mögliche Abschwächung einzelner im Zeitablauf volatiler Ertragskomponenten vermieden werden.

Für die genannten Risikokategorien werden auf Grundlage des Value-at-Risk-Prinzips (VaR) die Verlustpotenziale der verschiedenen Geschäftsbereiche quantifiziert. Der Value-at-Risk gibt für ein bestimmtes Wahrscheinlichkeitsniveau eine Verlustobergrenze an. Die Value-at-Risk-Verfahren spiegeln die Verlustpotenziale nur unter relativ normalen Marktbewegungen wider. Um die Risikosituation aus einer zweiten Perspektive zu betrachten, ergänzen wir die Risikobewertungen bereits seit mehreren Jahren durch die Analyse von historischen und hypothetischen Stress-Szenarien.

Der regelmäßig vorgenommene Abgleich zwischen Risiko und Risikodeckungsmasse ist auf diese beiden unterschiedlichen Betrachtungsweisen der Risikoposition ausgerichtet. Das im Rahmen unseres Risikomanagements betrachtete Risikodeckungskapital (ökonomisches Kapital) ist vom regulatorischen Eigenkapitalbegriff, dem bilanziellen Eigenkapital, abzugrenzen. Im Sinne eines Going-Concern-Gedankens sollen unerwartete Verluste möglichst ohne externe Kapitalmaßnahmen verkraftet werden. Das Risikodeckungskapital wird daher wesentlich durch die der Bank zur Verfügung stehenden leicht liquidierbaren Reserven geprägt. Zunächst wird die Risikodeckungsmasse dem Value-at-Risk auf Basis eines 99%-Konfidenzniveaus gegenübergestellt. Im Rahmen einer parallel durchgeführten zweiten Betrachtung werden die Ergebnisse von Stress-Betrachtungen mit der vorhandenen Risikodeckungsmasse verglichen. Die gegenüberzustellende Risikodeckungsmasse wird in dieser Analyse um nicht durch Risikoaktiva gebundene freie Teile des regulatorischen Eigenkapitals ergänzt. Somit ist auch bei dieser extremen Betrachtung ein Going-Concern der Bank sicherge-



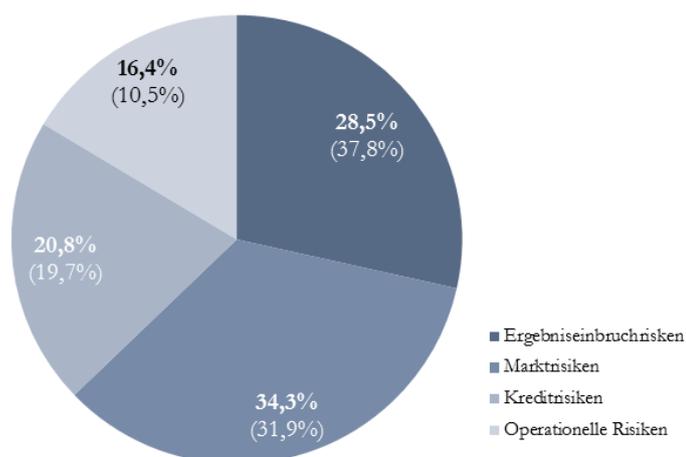
stellt. Mögliche Diversifikationseffekte über die verschiedenen Risikoarten hinweg werden vernachlässigt, indem die Unterlegungsbeträge für die Risikokategorien addiert werden.

Im Berichtsjahr wurde nicht das gesamte der Bank zur Verfügung stehende ökonomische Kapital durch die Geschäftsbereiche gebunden, was die besondere Vorsicht im Risikomanagementprozess der Bank verdeutlicht und mit Blick auf das Gesamtergebnis die im Verhältnis zu den eingegangenen Risiken angemessenen Chancen der Geschäftstätigkeit zum Ausdruck bringt. Unsere risikoadjustierte Gesamtbanksteuerung definiert eine Optimierung der Ergebnis-Risiko-Relation als zentrales Ziel. Risiken werden durch die Geschäftsbereiche nur dann eingegangen, wenn sie in einem angemessenen Verhältnis zu den erzielbaren Erträgen stehen.

Die Risikotragfähigkeitsrechnung wird quartalsweise um weitere Stress-Analysen ergänzt. Im Sinne eines inversen Stress-Tests werden ergänzende Szenarien beschrieben, bei deren Eintreten eine vollständige Bindung der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse folgen würde.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Verteilung der ökonomischen Kapitalbindung über die verschiedenen Risikokategorien sowie über die Geschäftsbereiche der Bank.

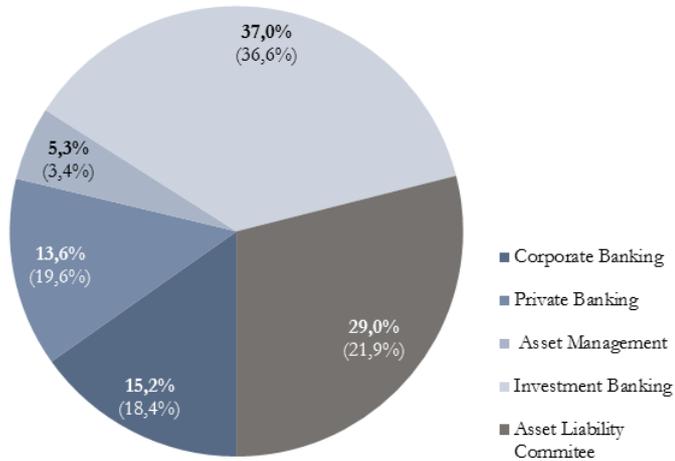
Risikokategorien



(Vorjahresanteile in Klammern)



Geschäftsbereiche



(Vorjahresanteile in Klammern)



Die Geschäftsleitung besitzt die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement und definiert die Rahmenbedingungen für die Steuerung der verschiedenen Risikoarten. Ein zentraler Bereich Risikocontrolling agiert im Sinne der MaRisk (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) aufbauorganisatorisch unabhängig von den verschiedenen Marktbereichen. Dieser Bereich gewährleistet in enger Zusammenarbeit mit dem Bereich Finanzen einen stetigen Informationsfluss an die Geschäftsleitung und den Verwaltungsrat der Bank. Das Risikocontrolling besitzt die Zuständigkeit für die Entwicklung und Betreuung der Systeme zur Gesamtbank- und Risikosteuerung. Der Bereich führt monatlich eine Risikoinventur durch und stellt die Risikobeträge der verschiedenen Risikoarten dem zur Verfügung stehenden Risikodeckungspotenzial gegenüber. Im Rahmen des Risikomanagementprozesses wird gewährleistet, dass übermäßige Risikokonzentrationen weder innerhalb der verschiedenen Risikokategorien noch über die Risikokategorien hinweg bestehen.

Ein von den kundenbetreuenden Bereichen organisatorisch unabhängiger Marktfolgebereich überwacht die eingegangenen **Adressenausfallrisiken** über eine umfangreiche Limitstruktur. Die Steuerung von Ausfallrisiken auf Gesamtportfolioebene wird durch vielfältige Analysen des Risikocontrollings unterstützt.

Marktpreisrisiken ergeben sich sowohl aus kurzfristigen Positionen des Handelsbuches als auch aus strategischen Positionen der Liquiditätsreserve und werden durch das Risikocontrolling überwacht.

Das Risikocontrolling gewährleistet zudem eine Quantifizierung der **operationellen Risiken**, deren Höhe durch ein umfangreiches Regelwerk sowie durch Notfallplanungen limitiert wird.

Das Treasury verantwortet gemeinsam mit dem Geldhandel die Steuerung der **Liquiditätsrisiken**. Das Risikocontrolling ist in die Überwachung eingebunden.

Über eine monatlich erstellte Gesamtkalkulation wird der Erfolg der Geschäftsbereiche unter Berücksichtigung der eingegangenen Risiken überwacht. In diesem Zusammenhang wird das **Ergebniseinbruchrisiko** der Profitcenter als weiteres wesentliches Risiko analysiert. Das Risikocontrolling stellt der Geschäftsleitung ebenso wie den einzelnen Kundenbetreuern ein leistungsfähiges Managementinformationssystem (MIS) zur Verfügung, das den Adressaten die Analyse der risikoadjustierten Ergebnis- und Risikogrößen in sämtlichen Aggregationsstufen von der Gesamtbank bis hinunter zum einzelnen Kunden ermöglicht.

Die Revision des Hauses kontrolliert, basierend auf den im Revisionshandbuch festgelegten Vorgaben, regelmäßig die nachfolgend im Einzelnen beschriebenen organisatorischen Vorkehrungen zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der verschiedenen Risikokategorien.

Die Marktfolge und das Risikocontrolling informieren regelmäßig den vom Verwaltungsrat der Bank eingesetzten Risikoüberwachungsausschuss, der turnusmäßig dreimal pro Jahr tagt.

Die Leitlinien unseres Risikomanagements sind in einer Risikostrategie schriftlich fixiert, die allen Mitarbeitern zugänglich ist.



5.2 Adressenausfallrisiken

5.2.1 Allgemein

Adressenausfallrisiken entstehen zum einen aus dem **Kreditgeschäft** mit unseren Firmen- und Privatkunden. Zum anderen wird ein besonderes Augenmerk auf Adressenausfallrisiken gelegt, die aus unseren eigenen **Wertpapierbeständen** als Emittentenrisiken sowie aus den Anlagen unseres Geldhandels im **Interbankengeschäft** resultieren. **Beteiligungsrisiken** sind für Berenberg nicht von wesentlicher Bedeutung, da die Geschäftsstrategie ein organisches Wachstum vorsieht. Bestehende Beteiligungen sind jedoch in die Risikomanagementprozesse integriert.

Insbesondere der sich stets auf einem sehr hohen Niveau befindende Bestand an Kundeneinlagen führte wie in den vergangenen Jahren auch in 2014 zu einem hohen Anlagebedarf für unser Treasury. Der Liquiditätsüberschuss wurde nur zu einem geringen Teil im **Geldmarkt** platziert, wobei die Anlagen unter den folgenden Prämissen erfolgen:

- Handel nur mit ausgewählten Banken mit hoher Bonität
- gezielte Ansprache von Förderbanken mit Gewährträgerhaftung
- niedrige Limite pro Institut bzw. Bank-Konzern mit der Zielsetzung einer möglichst breiten Diversifizierung
- Nutzung der EZB-Einlagefazilität

Der strukturelle Liquiditätsüberschuss aus dem Kundengeschäft wird zum überwiegenden Teil in **Anleihen** höchster Bonität angelegt. Dabei stellen wir hohe Anforderungen an die Kreditsicherheit und Marktliquidität dieser Anlagen, um die mögliche Kursvolatilität gering zu halten.

In unserem Liquiditätsbuch dominieren Papiere deutscher öffentlicher Emittenten (71%, Vorjahr: 76%) und Papiere mit einer Garantie Deutschlands bzw. eines deutschen Bundeslandes (29%, Vorjahr: 23%). Deutsche Pfandbriefe sind im Gegensatz zum Vorjahr nicht mehr enthalten. Die durchschnittliche Restlaufzeit dieser Bestände betrug zum Jahresende 2,1 Jahre (Vorjahr: 1,7 Jahre), sodass die Spread-Änderungs-Risiken dieses Portfolios begrenzt sind.

Die Geschäftsleitung ist durch tägliche Berichte über das aktuelle Banken-Exposure informiert. Die allokierten Banken-Limite werden regelmäßig überprüft, um bei Bedarf weitere Maßnahmen zeitnah einleiten zu können. Dabei verlassen wir uns bei unseren Beurteilungen der Institute nicht nur auf die Bewertungen durch Rating-Agenturen, sondern untermauern unsere Entscheidungen durch die Analyse von Geschäftsberichten und die Auswertung aktueller Marktinformationen.

Die Steuerung von Adressenausfallrisiken erfolgt über ein umfangreiches Limitsystem, das über die Berücksichtigung von Abbruchrisiken auch das Adressenausfallrisiko aus Derivaten einbezieht. Eine Reduzierung von Adressenausfallrisiken erreichen wir in diesem Segment über ein seit mehreren Jahren praktiziertes Collateral Management, das nicht nur mit Banken sondern zunehmend auch mit ausgewählten institutionellen Kunden vereinbart wird.

Eine marktunabhängige Überwachung von Kreditrisiken wird durch den **Marktfolgebereich** verantwortet. Neben der Durchführung regelmäßiger Kontrolltätigkeiten gibt diese Einheit auf Basis einer Kompetenzordnung bei Kreditentscheidungen zusätzlich zum Marktbereich ein zweites Votum im Sinne der MaRisk ab. Die regelmäßigen Kreditwürdigkeits- und Bonitätsprüfungen werden durch eine unabhängige Bilanzanalyseeinheit unterstützt, die ebenfalls der Marktfolge zugeordnet ist. Die sehr konservativ definierte Kompeten-



zordnung begrenzt den Handlungsspielraum einzelner Kundenbetreuer und bezieht die gesamte Geschäftsleitung in alle wesentlichen Kreditentscheidungen ein.

Sämtliche Kreditengagements befinden sich in einem stetigen Wiedervorlageprozess mit einer jährlichen Überprüfung der Bonität. Die Limitregelungen werden durch eine Vielzahl organisatorischer Maßnahmen sowie durch Regelungen zur Besicherung von Kreditengagements ergänzt.

Über einen im vierteljährlichen Rhythmus erstellten Kreditportfoliobericht wird im Rahmen der Quartalsberichterstattung neben der Geschäftsleitung auch der Verwaltungsrat über die Struktur der Kreditrisiken informiert.

Umfangreiche Analysen des Risikocontrolling unterstützen die Steuerung des Kreditrisikos auf Gesamtportfolioebene.

Im Rahmen der Steuerung des Gesamtportfolios im **kommerziellen Kreditgeschäft** werden historische Kreditausfälle der vergangenen Geschäftsjahre in einer zentralen Kreditausfalldatenbank verwaltet und analysiert. Der pro Geschäftsjahr auf Portfolioebene statistisch erwartete Kreditverlust („expected loss“) wird auf Grundlage dieser Daten als langjähriger historischer Mittelwert der Kreditausfälle abgeleitet. Über die Kalkulation von Standardrisikokosten findet der „expected loss“ eines Kreditengagements Berücksichtigung in den Kreditkonditionen.

Die Standardrisikokosten eines Kreditengagements werden neben der Kredithöhe und der Kreditbesicherung insbesondere vom Rating des Kreditnehmers beeinflusst. Ein den Betreuern und der Marktfolge im Intranet des Hauses zur Verfügung stehendes Rating-System für Firmenkunden ermöglicht eine zeitnahe Bonitätsanalyse aus den Bilanzdaten eines Kreditnehmers. Als Besonderheit bietet dieses System online eine Bewertung mit dem von Moody's eigens für die deutsche, mittelständische Firmenkundschaft entwickelten Rating-Verfahren Moody's RiskCalc™ sowie die Ableitung einer Ausfallwahrscheinlichkeit. Neben Bilanzkennzahlen fließen bei der Ermittlung der Rating-Klasse auch qualitative Faktoren der Kreditnehmer ein. Für Engagements mit Projektfinanzierungscharakter in den Segmenten Immobilien und Schifffahrt verwenden wir selbstentwickelte Rating-Verfahren, die Cash-flow-Projektionen dieser Projekte als wesentliche Einflussgröße einbeziehen. In unserem im Vergleich zum Gesamtportfolio von der Größenordnung überschaubaren Portfolio an Schiffsfinanzierungen achten wir insbesondere im derzeitigen Marktumfeld auf kurze Kreditlaufzeiten und legen einen hohen Wert auf eine ausgezeichnete Besicherung der Engagements.

Die sich aus den Bonitätsanalysen ergebenden Standardrisikokosten sind in sämtlichen erforderlichen Aggregationsstufen im Management-Informationssystem (MIS) abrufbar.

Die Standardrisikokosten, die in ihrer Summe den statistisch erwarteten Verlust auf Gesamtbankebene ergeben, stellen lediglich einen langfristigen Mittelwert der Kreditausfälle im Zeitablauf dar, um den die tatsächlichen Ausfälle schwanken. Daher ist als zusätzliche Risikokomponente eine potenzielle Abweichung der Ausfälle von diesem Erwartungswert zu berücksichtigen. Mit einem statistischen Kreditportfoliomodell nach der Methodik von CreditRisk+ wird auf Portfolioebene die Höhe eines unerwarteten Kreditausfalls („unexpected loss“) quantifiziert, der mit den jeweiligen Quantilen in die Risikotragfähigkeitsrechnung einfließt. Als Risikodeckungsmasse für unerwartete Kreditrisiken dient das ökonomische Kapital der Bank. Im Sinne der MaRisk werden unsere Analysen zur Bindung des ökonomischen Kapitals um weitere Stress-Betrachtungen wie beispielsweise eine pauschale Verschlechterung der Ausfallwahrscheinlichkeiten oder ein Verfall von Sicherheitenwerten ergänzt.



Die von uns verwendeten quantitativen Verfahren zur Bewertung von Adressenausfallrisiken werden regelmäßig validiert und bei Bedarf weiterentwickelt. Im Zeitablauf ist auf diese Weise ein auf die Erfordernisse der Bank spezialisiertes und sehr aussagekräftiges System entstanden. Aufgrund der insgesamt sehr kleinen Grundgesamtheiten und dem Fehlen einer für statistische Zwecke ausreichend großen Anzahl von ausgefallenen Kreditnehmern ist jedoch eine aufsichtsrechtliche Anerkennung dieser Methoden als IRB-Ansatz nicht darstellbar. Die Bank hat sich bewusst dafür entschieden, für aufsichtsrechtliche Zwecke die in der CRR definierte Standardmethode (KSA) einzusetzen. Nach dieser Methode lag die Eigenmittelbindung aus Adressenausfallrisiken per 31.12.2014 bei EUR 62,9 Mio. (Vorjahr EUR 59,4 Mio.).

Adressrisiken nach Standardansatz

Angaben gem. Artikel 442 CRR

Forderungsklassen in Mio. €	31.12.2014	Durchschnitt 2014
Risikopositionen gegenüber Zentralregierungen	142,4	182,5
Risikopositionen gegenüber Regionalregierungen und lokale Gebietskörperschaften	1.865,0	2.182,7
Risikopositionen gegenüber öffentliche Stellen	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber internationalen Organisationen	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Institute	1.238,4	1.082,1
Risikopositionen gegenüber Unternehmen	1.705,2	1.643,2
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	3,1	3,3
durch Immobilien besicherte Risikopositionen	0,0	0,0
ausgefallene Risikopositionen	1,0	15,5
mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	0,0	0,0
Positionen, die Verbriefungspositionen darstellen	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von Anteilen an Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	84,9	85,1
Beteiligungsriskopositionen	12,7	12,7
Sonstige Positionen	31,6	27,6
Gesamt	5.084,2	5.234,7

Der Durchschnittsbetrag der Adressrisiken ergibt sich aus dem Durchschnitt der einzelnen Quartalsmeldungen des Jahres 2014.

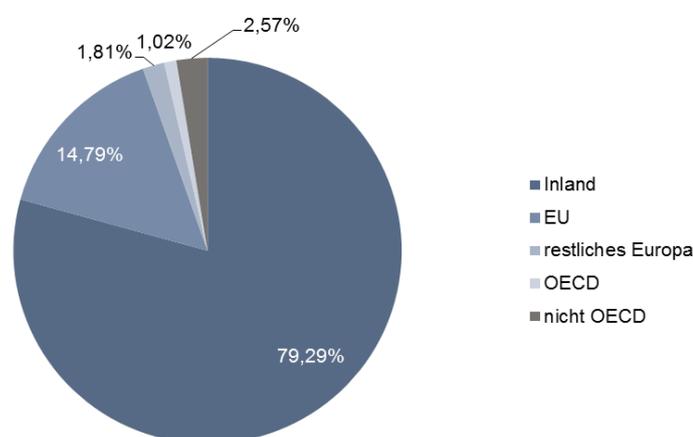


Geografische Hauptgebiete nach kreditrisikotragenden Instrumenten

Die Bank ist im Kreditgeschäft stark auf das Inland ausgerichtet. Hier zeigt sich zusätzlich eine verstärkte Konzentration auf Hamburg, was dem Geschäftssitz der Bank entspricht. Diese Konzentration bewirkt, dass sich Länderrisiken kaum auf die Bank auswirken.

Geografische Hauptgebiete

Forderungsklassen in Mio. €	Inland	Europäische Union	restliches Europa	OECD	nicht OECD	Gesamt
Risikopositionen gegenüber Zentralregierungen	142,4	0,0	0,0	0,0	0,0	142,4
Risikopositionen gegenüber Regionalregierungen und lokale Gebietskörperschaften	1.865,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1.865,0
Risikopositionen gegenüber öffentliche Stellen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwick- lungsbanken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber internationalen Organisationen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Institute	862,5	259,4	67,7	43,1	5,7	1.238,4
Risikopositionen gegenüber Unternehmen	1.029,5	519,1	24,4	7,3	124,9	1.705,2
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	3,1	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1
durch Immobilien besicherte Risikopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
ausgefallene Risikopositionen	1,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,0
mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuld- verschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Positionen, die Verbriefungspositionen darstellen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unter- nehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von Anteilen an Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	84,9	0,0	0,0	0,0	0,0	84,9
Beteiligungsrisikopositionen	11,4	0,0	0,1	1,2	0,0	12,7
Sonstige Positionen	31,5	0,0	0,0	0,0	0,0	31,5
Gesamt	4.031,2	778,5	92,2	51,7	130,6	5.084,2





Hauptbranchen nach kreditrisikotragenden Instrumenten

Die Anlage der liquiden Mittel erfolgt hauptsächlich in Anleihen höchster Bonität von öffentlichen Emittenten und ausgewählten risikoarmen Kreditinstituten. Grund hierfür ist, dass man möglichst Anlagen mit einem geringen Risikogehalt wählt, um die Ertragskraft der Bank langfristig zu sichern und um Kreditrisiken zu minimieren. Die Verteilung des Geschäfts auf die einzelnen Branchen ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

Angaben gem. Artikel 442 Buchstabe e CRR

Hauptbranchen in Mio. €	Sonstige Finanz- unter- nehmen	sonstige Unternehmen und wirtschaftlich selbst- ständige Personen	wirtschaftlich unselbständige Personen	Organisationen ohne Erwerbszweck	Sonstige	Gesamt
Risikopositionen gegenüber Zentralregierungen	0,0	0,0	0,0	0,0	142,4	142,4
Risikopositionen gegenüber Regionalregierungen und lokale Gebietskörperschaften	0,0	0,0	0,0	0,0	1.865,0	1.865,0
Risikopositionen gegenüber öffentliche Stellen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsban- ken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber internationalen Organisationen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Institute	0,0	0,0	0,0	0,0	1.238,4	1.238,4
Risikopositionen gegenüber Unternehmen	690,6	895,2	113,4	6,0	0,0	1.705,2
Risikopositionen aus dem Men- gengeschäft	0,0	0,0	3,1	0,0	0,0	3,1
durch Immobilien besicherte Risikopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
ausgefallene Risikopositionen	0,0	1,0	0,0	0,0	0,0	1,0
mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibun- gen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Positionen, die Verbriefungsposi- tionen darstellen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von Anteilen an Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	0,0	0,0	0,0	0,0	84,9	84,9
Beteiligungsrisikopositionen	0,0	12,7	0,0	0,0	0,0	12,7
Sonstige Positionen	0,0	0,0	0,0	0,0	31,6	31,6
Gesamt	690,6	908,9	116,4	6,0	3.362,2	5.084,2



Vertragliche Restlaufzeiten

Die Bank ist bestrebt, kaum langfristige Anlagen zu tätigen, sodass der wesentliche Teil der Bilanzaktiva eine Restlaufzeit unter 2 Jahren hat. Näheres ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Angaben gem. Artikel 442 Buchstabe f CRR

Restlaufzeiten in Mio. €	bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	größer als 5 Jahre	unbefristet / bis auf weiteres	Gesamt
Risikopositionen gegenüber Zentralregierungen	1,1	75,7	0,0	65,6	142,4
Risikopositionen gegenüber Regionalregierungen und lokale Gebietskörperschaften	430,9	1.434,1	0,0	0,0	1.865,0
Risikopositionen gegenüber öffentliche Stellen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber internationalen Orga- nisationen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Institute	278,8	429,1	0,0	530,6	1.238,4
Risikopositionen gegenüber Unternehmen	40,2	176,1	77,5	1.411,4	1.705,2
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	0,0	0,0	0,0	3,1	3,1
durch Immobilien besicherte Risikopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
ausgefallene Risikopositionen	0,0	0,0	0,0	1,0	1,0
mit besonders hohen Risiken verbundene Positionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Positionen, die Verbriefungspositionen darstellen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unter- nehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von Anteilen an Orga- nismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	0,0	0,0	0,0	84,9	84,9
Beteiligungsriskopositionen	0,0	0,0	0,0	12,7	12,7
Sonstige Positionen	0,0	0,0	0,0	31,6	31,6
Gesamt	751,0	2.115,0	77,5	2.140,6	5.084,2

5.2.2 Notleidende bzw. in Verzug geratene Kredite

Angaben gem. Artikel 442 Buchstabe a CRR

Bei notleidenden bzw. in Verzug geratenen Krediten wird das Risiko definiert, dass ein Vertragspartner seinen Verpflichtungen, den Kapitaldienst zu leisten, nachhaltig nicht nachkommen kann.

Sofern sich aus einem Kreditengagement Aspekte ergeben, die einer gesonderten Beobachtung/Überwachung bedürfen, werden entsprechende Kontosperrungen und korrespondierende Dispositionshinweise eingepflegt.

Die im Dispositionssystem oder aufgrund manueller Dispositionsunterlagen zu treffenden Entscheidungen werden durch elektronische Freigabe bzw. Handzeichen des kundenbetreuenden Mitarbeiters dokumentiert.



Systemseitig wird täglich eine Liste über alle bestehenden Kreditüberziehungen größer TEUR 5 erstellt, die durch den zuständigen Mitarbeiter des Marktbereichs unverzüglich bearbeitet wird. Regelmäßig werden die Überziehungen dem zuständigen Leiter Markt und der Marktfolge zur Kenntnis gegeben.

Sobald ein Engagement auf die Beobachtungsliste genommen wird, ist die Notwendigkeit von Risikovorsorgemaßnahmen zu überprüfen. Hierzu ist auch eine Überprüfung und ggf. Neubewertung der Sicherheiten vorzunehmen. Vierteljährlich erfolgt eine Überprüfung evtl. neu erforderlicher Risikovorsorgemaßnahmen oder Veränderungen der bestehenden Risikovorsorge durch das Kreditrisikomanagement. Diese unterjährige Überprüfung und Anpassung wird im Risikobericht dokumentiert.

Ziel der Bank ist es, durch Risikovorsorge aufgrund vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung auf Basis der jeweils gültigen Rechnungslegungsnormen und für einen sachkundigen Dritten nachvollziehbar eine dem jeweils aktuellen Risikogehalt des Kreditportfolios angemessene und realistische Bewertung sicherzustellen.

Die handelsrechtliche Bewertung von Forderungen erfolgt nach den für das Umlaufvermögen geltenden Grundsätzen. Wir wenden daher das strenge Niederstwertprinzip nach § 340e Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB an. Die Risikovorsorge umfasst Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen, Zinsberichtigungen und Abschreibungen auf Forderungen (sog. Verbrauch bzw. Direktabschreibung). Uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben. Uneinbringlichkeit einer unbesicherten Forderung besteht dann, wenn nach allgemeiner Auffassung mit der Leistung des Kreditnehmers nicht mehr zu rechnen bzw. diese außerordentlich ungewiss ist. Dagegen werden für zweifelhafte einbringliche Forderungen Einzelwertberichtigungen/-rückstellungen gebildet. Dies ist der Fall, wenn aufgrund unzureichender wirtschaftlicher Verhältnisse und unzureichender Besicherung begründete Zweifel daran bestehen, dass die Forderung aus dem Einkommen oder dem Vermögen des Kreditnehmers oder den Sicherheiten realisiert werden kann.

Durch Vornahme der Zinsberichtigungen soll sichergestellt werden, dass die Ertragsrechnung unseres Hauses um voraussichtlich uneinbringliche (Zins-)Erträge korrigiert wird. Die Notwendigkeit einer Zinsberichtigung ist immer zu prüfen, wenn eine Einzelwertberichtigung/Rückstellung gebildet wurde.

Wenn (z. B. durch Mieten, Kapitalerträge) der Zinsdienst vom Kunden noch geleistet werden kann und insofern nicht mit einem Zins-, sehr wohl jedoch einem Kapitalverlust zu rechnen ist, ist von einer Zinsberichtigung abzusehen.

Für die einzelfallbezogene Einschätzung des akuten Ausfallrisikos ist zum einen die Wahrscheinlichkeit maßgeblich, mit der ein Kreditnehmer seinen vertraglichen Leistungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann; die Ausfallwahrscheinlichkeit wird primär anhand der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Zahlungsverhaltens des Kreditnehmers beurteilt. Zum anderen ist zu beurteilen, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch erwartet werden können, wofür vor allem die erwarteten Erlöse aus den Sicherheiten maßgeblich sind.

Bei Kunden ohne Risikovorsorgemaßnahmen kann ausnahmsweise eine Zinsberichtigung gebildet werden, wenn der Kunde den Zinsdienst nachhaltig nicht mehr leistet, aufgrund der gestellten Sicherheiten jedoch nicht mit einem Kapitalverlust zu rechnen ist.

Für das latente Ausfallrisiko haben wir Pauschalwertberichtigungen in Höhe der steuerlich anerkannten Verfahren gebildet. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gem. § 340f HGB.



Eine Auflösung der Einzelrisikovorsorge nehmen wir erst dann vor, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers erkennbar mit nachhaltiger Wirkung verbessert haben, sodass eine Gefährdung der Kapitaldienstfähigkeit unwahrscheinlich geworden ist oder der Kredit aus den gestellten Sicherheiten zweifelsfrei zurückgeführt werden kann.

Ein Geschäft gilt gem. § 286 BGB als „in Verzug“, wenn Zahlungen in Form von Zins-, Tilgungszahlungen oder sonstigen Forderungen nicht geleistet werden.

„Notleidende“ Kredite sind Kredite, bei denen mit einiger Wahrscheinlichkeit ein ganzer oder teilweiser Ausfall der Forderung droht oder begründete Bedenken hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit des Schuldners bestehen.

Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche

Angaben gem. Artikel 442 Buchstabe h) CRR

Hauptbranchen in Mio. €	Gesamtanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten	Bestand EWB (inkl. Zinsberichtigungen)	Bestand Rückstel- lungen
sonstige Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen	9,3	6,2	0,0
wirtschaftlich unselbstständige Personen	3,0	1,1	0,0
Gesamt	12,3	7,3	0,0

Notleidende und in Verzug geratene Kredite je geografischem Hauptgebiet

geografische Hauptgebiete in Mio. €	Gesamtanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten	Bestand EWB (inkl. Zinsberichtigungen)	Bestand Rückstellungen
Inland	11,3	6,3	0,0
EU	1,0	1,0	0,0
restliches Europa	0,0	0,0	0,0
OECD-Länder	0,0	0,0	0,0
Nicht-OECD-Länder	0,0	0,0	0,0
Gesamt	12,3	7,3	0,0

Entwicklung der Risikovorsorge

in Mio. €	Anfangsbestand der Periode	Bildung/ Umsetzung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand der Periode
EWB / Zinsberichtigungen	9,6	1,7	0,9	3,1	7,3
Rückstellungen	0,7	-0,7	0,0	0,0	0,0
PWB	3,0	0,0	0,0	0,0	3,0

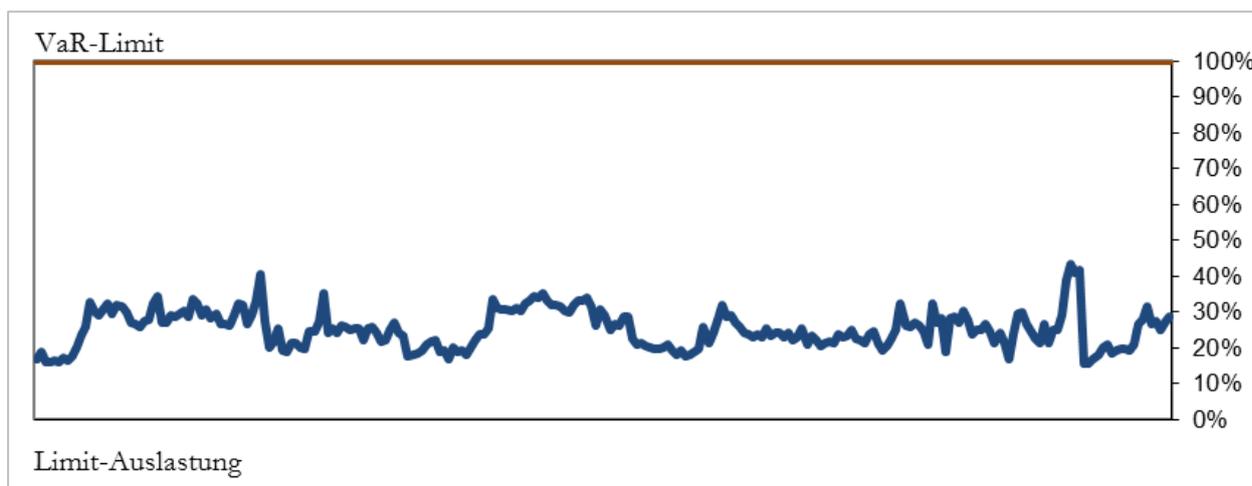
5.3 Marktpreisrisiken

Angaben gem. Artikel 445 CRR

Marktpreisrisiken für Positionen des Handels- und des Anlagebuches der Bank resultieren aus Schwankungen der Preise und Volatilitäten im Zins-, Aktien- und Währungskursbereich.

Klassischer Eigenhandel dient lediglich als Ergänzung zu unseren dienstleistungsorientierten Geschäftsaktivitäten und findet im Rahmen sehr eng abgesteckter Limite statt. Die Steuerung der Marktpreisrisiken aus Eigenhandelspositionen erfolgt durch ein leistungsfähiges Risikomesssystem. Für sämtliche Positionen, die Marktpreisrisiken beinhalten, werden täglich Value-at-Risk-Kennzahlen mittels einer Monte-Carlo-Simulation errechnet. In Anlehnung an die regulatorischen Vorgaben werden für diese Value-at-Risk-Berechnungen ein Konfidenzniveau von 99% sowie eine Haltedauer der Finanzinstrumente von zehn Handelstagen unterstellt. Als Risikofaktoren werden Diskontfaktoren im Zinsbereich, Aktienzeitreihen bzw. Aktienindizes im Aktienbereich sowie Währungskurse im Fremdwährungsbereich mit einem historischen Beobachtungszeitraum von einem Jahr betrachtet. Die Value-at-Risk-Berechnung erfolgt mit exponentiell gewichteten historischen Beobachtungen. Bei dieser Vorgehensweise reagiert der Value-at-Risk schneller auf aktuelle Veränderungen im Marktgeschehen als bei gleichgewichteten historischen Beobachtungswerten. Die von uns eingesetzte Methodik wurde bis zum Ende des Geschäftsjahres 2011 als internes Modell für die Berechnung der Eigenmittelunterlegung aus Marktpreisrisiken des Handelsbuches auch aufsichtsrechtlich eingesetzt. Da die mit Inkrafttreten der als Basel 2,5 bekannten regulatorischen Veränderungen zu Fehlsteuerungen im Rahmen unserer Gesamtbanksteuerung geführt hätten, wurde die aufsichtsrechtliche Genehmigung zum Einsatz eines internen Marktpreisrisikomodells von uns zurückgegeben. Für interne Zwecke wird unsere Methodik zur Quantifizierung mit unverändert hohen Standards fortgeführt.

Die nachfolgende Übersicht zeigt für die Positionen des Handelsbuches die prozentuale Verteilung der Value-at-Risk-Limit-Auslastung über das vergangene Geschäftsjahr.



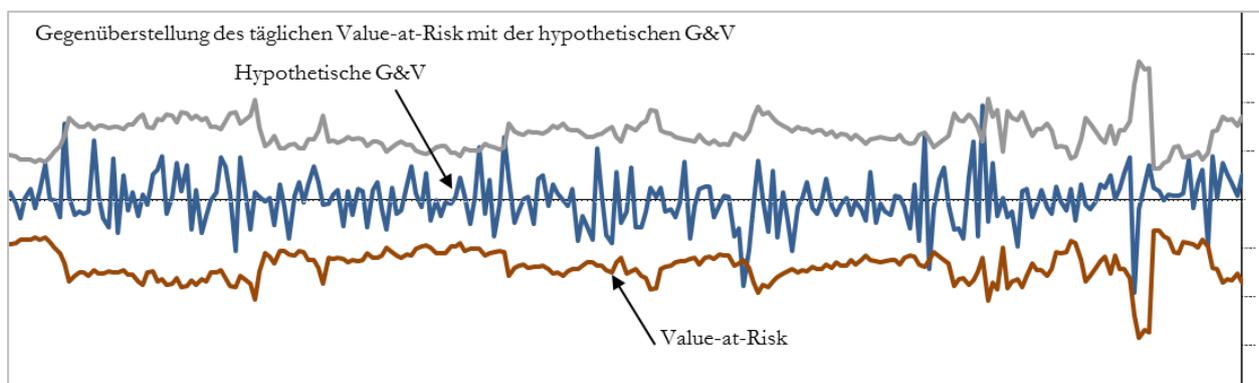
Die Grafik verdeutlicht das moderate Risikopotenzial aus Handelsaktivitäten. Das regulatorisch definierte Handelsbuch des Hauses wird von klassischen Aktienpositionen dominiert. Optionale Produkte spielen eine untergeordnete Rolle und konzentrieren sich insbesondere auf das Devisensegment. Dabei überwiegen Plain-Vanilla-Produkte. Verglichen mit den erzielten Ergebnissen der Handelsbereiche kommt ein vorteilhaftes Chance-Risiko-Verhältnis zum Ausdruck. Der größte Anteil der allokierten Value-at-Risk-Limite entfällt auf

den Sales-Bereich. Bei diesen Aktivitäten, die aufgrund regulatorischer Vorgaben dem Handelsbuch zugeordnet werden, handelt es sich nicht um Eigengeschäft im eigentlichen Sinne, vielmehr werden in diesem Segment Orders für institutionelle Kunden abgewickelt.

Die Qualität der Value-at-Risk-Prognosen wird durch ein tägliches Backtesting, bei dem die Prognose am nachfolgenden Handelstag mit den tatsächlichen Wertveränderungen der Positionen verglichen wird, überprüft und im Zeitablauf analysiert. Dass im Berichtsjahr auf Gesamtportfolioebene lediglich zwei Backtesting-Ausreißer beobachtet wurden, verdeutlicht die Vorsicht in der Parametrisierung unserer Modelle.

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Backtesting-Ergebnisse des vergangenen Geschäftsjahres im Zeitablauf.

Gegenüberstellung des täglichen Value-at-Risk mit der hypothetischen G&V



Der Value-at-Risk der Handelsbestände wies im Berichtsjahr die folgende Struktur auf:

Handelsbestandsportfolien	VaR zum Ende der Berichtsperiode	unterjährige VAR-Werte		
		höchster Wert	niedrigster Wert	Berichtsperioden \emptyset
	in T €	in T €	in T €	in T €
zusammengefasster VaR	1.716 (892)	2.844 (4.954)	640 (874)	1.358 (2.457)

(bei 1 Tag Haltedauer, Vorjahreswerte in Klammern)

Da die Value-at-Risk-Methodik lediglich eine Aussage über den Risikogehalt von Positionen bei „normaler“ Marktentwicklung bietet und extreme Marktsituationen unberücksichtigt lässt, werden die Analysen durch tägliche Worst-Case-Berechnungen ergänzt. Dabei wird untersucht, wie sich aktuelle Handelspositionen in historischen Extremsituationen verhalten würden. In diesem Stress-Testing werden die potenziellen Auswirkungen auf die aktuellen Handelspositionen analysiert.

Für jedes Handelssegment bestehen neben Value-at-Risk-Limiten zusätzliche Worst-Case-Limite, die täglich einzuhalten sind. Für das Segment der Marktpreisrisiken wird der Risikodeckungsmasse nicht die aktuelle Limitauslastung, sondern – im Sinne eines konservativen Risikomanagements – das gesamte Limit gegenübergestellt. Während für die Analyse eines 99%-Konfidenzniveaus die Value-at-Risk-Limite verwendet werden, erfolgt für die Stress-Betrachtung eine Einbeziehung der Worst-Case-Limite. Die Limite der einzelnen Handelssegmente sind im Vergleich mit der zur Verfügung stehenden Risikodeckungsmasse überschaubar



und werden von sämtlichen Geschäftsleitern gemeinschaftlich genehmigt. Somit ist sichergestellt, dass kein einzelner Händler in der Lage ist, durch seine Tätigkeit für die Bank hohe Risikopositionen einzugehen.

Handelsbuchpositionen werden ausschließlich in liquiden Finanzinstrumenten eingegangen, für die täglich ein Marktpreis feststellbar ist. Instrumente, die lediglich unter Verwendung von Modellen bewertet werden können, befinden sich nicht in unseren Beständen.

Das Risikocontrolling, das organisatorisch bis zur Ebene der Geschäftsleitung von den Handelsbereichen getrennt ist, führt sämtliche Marktpreis-Risikopositionen in einem Risikoreport zusammen und gewährleistet die tägliche Information an die Geschäftsleitung.

Eigenkapitalanforderungen für Marktrisiken

Das potenzielle Marktrisiko für Zins-, Aktien- und Währungspositionen im Handelsbuch ermittelt die Bank gemäß aktueller CRR nach der Standardmethode. Es ergab sich eine Kapitalunterlegung von 16,0 Mio. Euro.

Die Kapitalunterlegung untergliedert sich wie folgt:

Angaben gem. Artikel 445 CRR

Marktrisiken	Eigenkapitalanforderung
in Mio. €	
Standardmethode	
• Zinsnettoposition	8,4
• Aktiennettoposition	7,6
• Währungsgesamtposition	0,0
Gesamt	16,0

Abwicklungsrisiken

Aus Handelsbuchgeschäften entstehen gem. Artikel 378 CRR Abwicklungsrisiken in Höhe von:

in Mio. €	2014
Abwicklungsrisiken	0,01

Zinsänderungsrisiken

Angaben gem. Artikel 448 CRR

Die strategischen Positionen der Liquiditätsreserve werden durch das Asset Liability Committee (ALCO) gesteuert, das sich neben Mitgliedern der Geschäftsleitung u. a. aus Vertretern der Bereiche Treasury und Risikocontrolling zusammensetzt. Die Marktpreisrisiken aus Positionen der Liquiditätsreserve werden mit denselben Verfahren bewertet wie die Positionen des Handelsbuches. Darüber hinaus werden potenzielle Spread-Änderungs-Risiken anhand historischer Analysen für die unser Portfolio repräsentierenden Anlageklassen bewertet und zusätzlich mit Risikodeckungsmasse unterlegt.

Für die im Abschnitt Adressenausfallrisiken beschriebenen hohen Eigenanlagen in Wertpapieren wurden keine erhöhten Zinsänderungsrisiken eingegangen. Die Anlagen erfolgten entweder in Floatern oder alternativ in Papieren mit einem festen Kupon in Verbindung mit einem Zinsswap.



Die Auswirkung des aufsichtsrechtlich definierten Zinsschocks für Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch wird täglich analysiert. Dabei wird die Auswirkung einer Verschiebung der aktuellen Zinskurve auf den Barwert der aggregierten Cash-flows der Gesamtbank betrachtet. Aufgrund der kurzfristigen Ausrichtung unserer Geschäftstätigkeit und der Tatsache, dass ein Überhang stets auf der Einlagenseite existiert, kann auf den Ansatz von Bodensatzannahmen und Ablaufifikationen von Krediten konservativ verzichtet werden. Die Simulation erfolgt ausschließlich in Euro, da das Währungsrisiko von Geschäften in anderen Währungen gesichert wird. Das Verhältnis der resultierenden Barwertveränderung zum Eigenkapital, das gemäß den regulatorischen Anforderungen 20% nicht übersteigen soll, betrug zum Jahresende 2,48% (Vorjahr 1,23%). Diese Kennzahl dokumentiert die in der Regel kurzfristigen Fälligkeiten in unserem Einlagen- und Kreditgeschäft. Um die Zinsänderungsrisiken möglichst gering zu halten, werden Kundeneinlagen auf laufenden Konten oder als Tagesgeld von uns überwiegend als Tagesgeld oder in Floatern angelegt.

Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch

Zinsänderungsrisiken Schock 1 (+200/-200 bp)	in Mio. €
barwertige Rückgang der Erträge	0,1
barwertige Zuwachs der Erträge	5,2

5.4 Operationelle Risiken

Angaben gem. Artikel 446 CRR

Das operationelle Risiko wird als die Gefahr von Verlusten definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintritt. Diese Definition beinhaltet auch rechtliche Risiken. Reputationsrisiken werden im Rahmen der Steuerung operationeller Risiken qualitativ erfasst.

Operationelle Risiken werden durch ein umfangreiches Regelwerk an Anweisungen, Prozessbeschreibungen und Kompetenzregelungen begrenzt. Die Beachtung und die kontinuierliche Aktualisierung des Regelwerkes liegen in der unmittelbaren Verantwortung der verschiedenen Abteilungsleiter. Eine für Prozessbeschreibungen der Gesamtbank zuständige Abteilung innerhalb des Risikocontrollings unterstützt dabei. Die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsabwicklung ist regelmäßig Prüfungsgegenstand der Revision des Hauses.

Eine wesentliche Komponente der operationellen Risiken betrifft die Funktionalität und Sicherheit der eingesetzten EDV-Systeme. Durch spezielle Regelungen und Vorsorgen in den unterschiedlichen technischen Bereichen wird diesem Segment Rechnung getragen. Neben einer ständigen technischen Weiterentwicklung und Marktinformation gibt es ein Firewall-Konzept gegen Viren und Ausspähversuche von außen sowie Back-up-Systeme, mit deren Hilfe eine ununterbrochene Geschäftsdurchführung bei Systemausfällen gewährleistet ist. Ein zentrales Notfallmanagement bzw. Business Continuity Management (BCM) ist für sämtliche Bereiche des Hauses etabliert.

Die Mitarbeiter der Bank werden durch ihre Vorgesetzten regelmäßig beurteilt. In Zusammenarbeit mit der Personalabteilung und den Führungskräften wird sichergestellt, dass die Mitarbeiter eine ihrem Arbeitsplatz entsprechende hohe Qualifikation und Motivation aufweisen.



Rechtliche Risiken werden durch eine ständige Kooperation der Rechtsabteilung mit den Fachbereichen, durch angemessene Formular- und Vertragsgestaltung sowie durch Standardisierung von Eingabe- und Abrechnungsprozeduren im Zusammenhang mit der EDV-Verarbeitung begrenzt. Darüber hinaus unterliegen alle abgeschlossenen Verträge im Rahmen eines zentralen Vertragsmanagements einer vorherigen Überprüfung durch die Rechtsabteilung.

Eine zentrale Rolle bei der Steuerung operationeller Risiken spielt die Sensibilisierung der Mitarbeiter für diese Risikokategorie. Bereits seit mehreren Jahren verwenden wir eine Datenbank zur systematischen Erfassung operationeller Schadensfälle, die es uns ermöglicht, aufgetretene Schäden zu analysieren und erforderliche Maßnahmen abzuleiten. Auf Basis dieser Datenbank wird die Geschäftsleitung regelmäßig über das Ausmaß der operationellen Verluste informiert.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 haben wir die Methodik zur Steuerung operationeller Risiken ausgebaut. An die Stelle des bisher durchgeführten jährlichen Self-Assessments traten die erstmals durchgeführten Szenarioanalysen. In strukturierten Workshops wurden Experten aus allen Bereichen der Bank zu einem umfassenden Katalog von Szenarien befragt. Die Ergebnisse ermöglichen eine Abschätzung von zukünftigen operationellen Risikopotenzialen und liefern eine weitere Perspektive auf diese Risikokategorie. Die Ergebnisse der Schadensfalldatenbank und die Szenarioanalysen bilden die Grundlage für die Ermittlung eines Value-at-Risk für operationelle Risiken. Hierfür wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr ein eigenständiger Rechenkern entwickelt, dessen Ergebnisse in die Risikotragfähigkeitsrechnung einfließen. Über die allokierte Risikodeckungsmasse hinausgehende operationelle Risiken wurden im Rahmen der Analysen nicht identifiziert.

Das Self-Assessment wird zudem genutzt, um für signifikante Risiken Maßnahmen zu deren Reduzierung abzuleiten. Während der durchgeführten Expertenbefragungen werden darüber hinaus mögliche Reputationsrisiken für das Haus katalogisiert. Bei Bedarf werden Maßnahmen diskutiert, um ein stets hohes öffentliches Vertrauen in unsere Organisation sicherstellen zu können.

Kreditinstitute müssen die eingegangenen operationellen Risiken mit Eigenkapital unterlegen. Zur Quantifizierung der Eigenkapitalunterlegung für diese Risikokategorie, deren Messung mit statistischen Methoden eine hohe Komplexität besitzt, sind Methoden mit einem unterschiedlichen Genauigkeitsgrad zugelassen. Zum Zwecke der Ermittlung der Eigenmittelunterlegung des operationellen Risikos verwendet die Bank den am wenigsten komplexen Basisindikatoransatz. Dabei wird der Durchschnitt der Bruttoerträge aus den drei vergangenen Geschäftsjahren mit einem Faktor von 15% gewichtet. In 2014 lag die Eigenmittelunterlegung für operationelle Risiken bei 40,8 Mio. Euro (Vorjahr: 37,1 Mio. Euro).

5.5 Liquiditätsrisiken

Berenberg kann sich vollständig aus Kundeneinlagen refinanzieren und war im Berichtsjahr jederzeit höchst liquide. Zu keinem Zeitpunkt bestanden offene Liquiditätspositionen.

Aufgrund der kurzfristigen Struktur unseres Geschäftes spielen Liquiditätsrisiken im überjährigen Bereich kaum eine Rolle. Im unterjährigen Bereich bestand ein deutlicher Überschuss. Dieser Überschuss wurde durch das Treasury in liquide Anleihen (vor allem deutscher Bundesländer und Förderbanken) investiert. Der überwiegende Teil ist bei der Deutschen Bundesbank hinterlegt, was im Falle eines unerwarteten Liquiditätsbedarfs einen hohen Refinanzierungsrahmen bei der Europäischen Zentralbank gewährleisten würde. Diese



freie Kreditlinie bei der Bundesbank betrug per 31.12.2014 1,3 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,3 Mrd. Euro). Wir erwarten im neuen Geschäftsjahr keine Veränderung dieser positiven Liquiditätssituation.

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität analysiert das Treasury täglich in Zusammenarbeit mit dem Geldhandel sämtliche Zahlungsströme im Zeitablauf. Dabei wird auf täglicher Basis ein Stress-Testing durchgeführt. Neben der Simulation allgemeiner Stress-Szenarien werden weitere Szenarien mit extremer zusätzlicher Belastung einzelner Liquiditätskomponenten betrachtet. Aufgrund der komfortablen Liquiditätssituation des Hauses, die neuen Vorgaben der gemäß Basel III definierten Kennzahl Liquidity Coverage Ratio (LCR) werden bereits erfüllt, wird für Liquiditätsrisiken derzeit keine Risikodeckungsmasse allokiert. Erst im unwahrscheinlichen Falle eines negativen Stress-Tests wären die potenziellen Kosten einer Verteuerung der Liquiditätsbeschaffung mit ökonomischem Kapital zu unterlegen.

Der Finanzbereich der Bank überwacht die tägliche Einhaltung der Liquiditätsverordnung und verschafft sich durch die Aufstellung einer Zinsbindungsbilanz einen zusätzlichen Überblick über die Entwicklung der Liquiditätssituation im Zeitablauf.

Das in den MaRisk definierte Risiko einer unzureichenden Marktliquidität einzelner Handelsprodukte wird implizit über das Marktpreis-Risikocontrolling überwacht.

5.6 Ergebniseinbruchrisiken

Ergebniseinbruchrisiken resultieren im Wesentlichen aus marktinduzierten Ertragseinbrüchen, denen eine u. U. unterproportional reagible Kostenstruktur entgegensteht.

Durch die strategische Ausrichtung des Hauses auf Geschäftsfelder, die einen deutlichen Ertragspuffer über die Fixkosten hinaus bieten, und durch die gezielte Diversifikation auf unterschiedliche Geschäftsfelder und Märkte wird die Höhe der Ergebniseinbruchrisiken begrenzt. Die Ergebniseinbruchrisiken werden darüber hinaus durch eine Verstetigung der Ertragsquellen sowie durch eine hohe Kunden- und Mitarbeiterbindung reduziert. Insbesondere in Geschäftsfeldern mit einer marktbedingt erhöhten Volatilität der Erträge konnten über variable Vergütungsmodelle auch auf der Kostenseite Anpassungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Das Ergebniseinbruchrisiko eines Geschäftsbereichs wird ermittelt, indem im Rahmen einer historischen Analyse für jedes Profitcenter die Volatilität der Erträge und der Kosten aus dem Kerngeschäft quantifiziert wird. Die Unterlegung dieser Risikokategorie mit Risikodeckungsmasse enthält implizit auch eine Abdeckung potenzieller Reputationsrisiken, da sich eine negative Veränderung der Reputation in Rückgängen der Erträge äußern würde.

Tägliche Reports zu den wichtigsten Ertragskomponenten und Szenario-Planungen dienen als Frühwarnsystem. Es erfolgt eine gezielte Diversifikation über Geschäftsfelder und Märkte. Ein signifikanter Ertragseinbruch darf die Bank nicht in eine besondere Risikosituation bringen.

Durch die bereits seit vielen Jahren betriebene Messung von Ergebniseinbruchrisiken ist es möglich, Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkennen und erforderliche Maßnahmen einzuleiten, um die Profitabilität der Gesamtbank zu sichern.



5.7 Gesamtbanksteuerung

Die zentrale Kennzahl unserer risikoadjustierten Gesamtbanksteuerung ist die Aufwandsrentabilität (der Kehrwert der Cost-Income-Ratio), die um einen Verzinsungsanspruch auf das gebundene Risiko adjustiert wird. Zunächst wird als Zielvorgabe eine Mindest-Aufwandsrentabilität definiert, die jedes Profitcenter in Abhängigkeit von seinen Personal- und Sachkosten sowie seiner Overheads und unter Berücksichtigung der Standardrisikokosten erbringen muss. Aggregiert über sämtliche Abteilungen führen die sich aus den Aufwandsrentabilitäten ergebenden Erfolge zu einem Mindestgewinn der Bank.

Auf Basis des von den jeweiligen Geschäftsbereichen gebundenen ökonomischen Kapitals aus Marktpreisrisiken, unerwarteten Kreditrisiken, operationellen Risiken und Ergebniseinbruchrisiken werden zusätzliche risikosensitive Renditeansprüche pro Profitcenter abgeleitet, die zu einer kontinuierlichen Aufstockung des Risikodeckungskapitals im Zeitablauf genutzt werden.

Durch diesen Prozess der Gesamtbanksteuerung werden die Chancen und Risiken des Bankgeschäftes permanent gegenübergestellt. Die knappe Ressource, das ökonomische Kapital, wird nur in diejenigen Geschäftsfelder allokiert, bei denen die Chancen die eingegangenen Risiken erheblich übersteigen.

Indem die gesamten Erträge abzüglich der Verzinsungsansprüche auf das gebundene ökonomische Kapital sowie der Standardrisikokosten zu den Abteilungskosten ins Verhältnis gesetzt werden, kann die Zielerfüllung eines Profitcenters anhand einer einzigen Kennzahl, der Aufwandsrentabilität, gemessen werden. Eine ausführliche Analyse dieser Rentabilitätskennzahl erfolgt im Rahmen der monatlichen Profitcenter-Rechnung.

Die über viele Jahre bewährte Strategie wird regelmäßig zusammen mit der korrespondierenden Risikostrategie während des jährlichen Planungsprozesses überprüft. Im Rahmen dieses Prozesses wird analysiert, mit welchen Maßnahmen die verschiedenen Profitcenter ihre strategischen Ziele erreichen wollen und wie sich die Aktivitäten auf die voraussichtliche Entwicklung der Ertragslage und die gebundene Risikodeckungsmasse auswirken.

Die von der Bank im Rahmen des Risikomanagementprozesses eingesetzten quantitativen Informations- und Kontrollsysteme liefern wichtige Informationen zur Beurteilung der Risiken. Kombiniert mit dem großen Erfahrungsschatz der Mitarbeiter wird eine umfangreiche Analyse der Risikosituation ermöglicht. Insgesamt sind wir daher überzeugt, dass die eingegangenen Risiken in einem angemessenen Verhältnis zu den erzielbaren Erträgen stehen und keine über die Risikotragfähigkeit der Bank hinausgehenden Risiken eingegangen wurden.



6. Nicht im Handelsbuch enthaltene Beteiligungspositionen

Angaben gem. Artikel 447 CRR

Die wesentlichen Beteiligungen über 50% von Berenberg sind in der Anlage 1 dargestellt. Sämtliche Beteiligungen sind dem Anlagebuch der Bank zugeordnet und sind als verbundene Unternehmen im Einzelabschluss ausgewiesen.

Die Beteiligungen von Berenberg teilen sich in operative und strategische Beteiligungen auf. Die operativen Beteiligungen sind einzelnen Geschäftsbereichen der Bank zugeordnet und fördern und ergänzen die Geschäftstätigkeit der Bank auf ihren Geschäftsfeldern. Sie sind finanziell, organisatorisch und wirtschaftlich in den Konzern eingebunden.

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) mit den Anschaffungskosten. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen nach dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Zuschreibungen sind nur bis zur Höhe der Anschaffungskosten zulässig. Die Wertansätze der Beteiligungen im Einzel- und Konzernabschluss nach HGB werden regelmäßig im Rahmen des monatlichen Konzernreportings überprüft und auf Werthaltigkeit geprüft. Die Beteiligungen und Wertansätze werden im Risikoüberwachungsausschuss der Bank regelmäßig überwacht.

Nach den oben dargestellten Bewertungsmethoden ergeben sich folgende Wertansätze der direkten Beteiligungen der Bank.

Wertansätze für Beteiligungsinstrumente

Gruppe von Beteiligungsinstrumenten	Vergleich	
	Buchwert in Mio €	Beizulegender Zeitwert (fair value) in Mio €
Kreditinstitute	2,6	2,6
Finanzinstitute	0,1	0,1
Sonstige Unternehmen	12,5	12,5
Summe	15,2	15,2
davon:		
verbundene Unternehmen	6,3	
Beteiligungen	8,9	

In der Position sonstige Unternehmen sind mittelbare Beteiligungen an Finanzdienstleistungsgesellschaften enthalten.

Der beizulegende Wert (Fair Value) wurde aufgrund der fehlenden Marktfähigkeit (Börsenfähigkeit) mit dem Buchwert gleichgesetzt. Aus Vorjahren abzuleitende Bewertungen anhand von Anteilsveräußerungen sind nicht gegeben.

Neben den wesentlichen Beteiligungen bestehen Beteiligungen mit einem Beteiligungsbesitz bis zu 50 %. Diese Beteiligungen sind von untergeordneter Bedeutung. Eine Ausnahme bildet dabei die Beteiligung an der Universal Investmentgesellschaft, an der die Bank zu 26,67 % (Buchwert 8,6 Mio. EUR) und die Berenberg



Beteiligungsholding mit 23,33% beteiligt sind. Die Gesellschaft fungiert als Kapitalanlagegesellschaft für hauseigene Investmentvermögen. Es handelt sich hierbei um eine operative Beteiligung.

Nachfolgend wird auf die zum Bilanzstichtag wesentlichen Beteiligungen, die im Konsolidierungskreis der Bank enthalten sind, näher eingegangen. Die nicht konsolidierten Beteiligungen wurden aufgrund der Geringfügigkeit nicht gesondert dargestellt.

Berenberg Bank (Schweiz) AG, Zürich

Das Einlagenkreditinstitut betreibt hauptsächlich die Geschäftszweige Vermögensberatung und -verwaltung sowie das Finanzierungsgeschäft verschiedener Art. Die Gesellschaft ist seit 2001 als Kreditinstitut anerkannt.

Berenberg Lux Invest S.A., Luxemburg

Zweck der Gesellschaft war die kollektive Verwaltung eines oder mehrerer Luxemburger und/oder ausländischer Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren.

Die Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft wurden zum 31.12.2013 komplett eingestellt. Die Liquidation der Gesellschaft wurde mit Wirkung Januar 2015 abgeschlossen.

Berenberg Beteiligungsholding GmbH, Hamburg

Die Berenberg Beteiligungsholding GmbH ist als strategische Beteiligung anzusehen und fungiert als Zwischenholding für die Bündelung von Tochtergesellschaften.

Gegenstand der durch die Bank im Jahr 2000 gegründeten Gesellschaft ist die Beteiligung an Unternehmen und deren Verwaltung.

Berenberg Private Capital GmbH, Hamburg

Gegenstand der Gesellschaft war bis zum 30. September 2013 das Erbringen von Dienstleistungen im Zusammenhang mit Finanzanlagen, Beteiligungen und Grundstücken. Die Gesellschaft ist kein Finanzunternehmen im Sinne des § 1 Abs. 1 b, Abs. 3 KWG und führte keine entsprechende Tätigkeit aus.

Die Gesellschaft betrieb bis zum 30. September 2013 folgende Dienstleistungen:

- die Analyse, Auswahl, Konzeption, Strukturierung, Vermittlung und Vermarktung geschlossener Fonds,
- den Erwerb, das Halten, das Verwalten, den Betrieb und das Veräußern von Beteiligungen an Unternehmen, Immobilien und anderen Wirtschaftsgütern, soweit es sich dabei nicht um Finanzinstrumente im Sinne der § 1 Abs. 11 KWG, 2 Abs. 2b handelt,
- die strategische gattungsbezogene Vermögensstrukturierung mittels eigens entwickelter finanzmathematischer Software sowie die Erstellung zukunftsgerichteter Liquiditätspläne einschließlich der diesbezüglichen Beratung.

Ab dem 1. Oktober 2013 wurde das Dienstleistungsgeschäft sukzessive an Berenberg übertragen. Aktuell beschränkt sich die Tätigkeit auf das Halten und Verwalten von Beteiligungen.

**Berenberg Privat-Treuhand GmbH, Hamburg**

Gegenstand der Gesellschaft war bis zum 30. September 2013 das Erbringen von Dienstleistungen im Bereich Family Office und Stiftungsmanagement. Die Gesellschaft war auf Vermögensbuchhaltung komplexer Vermögen spezialisiert.

Ab dem 1. Oktober 2013 wurde das Dienstleistungsgeschäft sukzessive an Berenberg übertragen.

Berenberg Americas LLC, Boston

Die Berenberg Americas LLC, Boston, wurde in 2011 als 100%ige Tochtergesellschaft der Berenberg Beteiligungsholding gegründet und fungiert als Holding für die Berenberg Capital Markets LLC.

Berenberg Capital Markets LLC, Boston

Die Berenberg Capital Markets LLC wurde als Vertriebsseinheit in Boston gegründet. Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit ist die Öffnung des institutionellen Marktes für Research-Produkte der Berenberg Gruppe. Daneben betreibt die Gesellschaft das Sales Geschäft mit US-amerikanischen Investoren. Die tatsächliche Ausführung resultierender Wertpapiergeschäfte erfolgt bei Berenberg in Hamburg.

Berenberg Asset Management LLC, New York

Die Berenberg Asset Management LLC hat die Geschäftstätigkeit in 2014 aufgenommen und erbringt Asset Management Dienstleistungen gegenüber in den USA ansässigen institutionellen Anlegern.



7. Instrumente und Methoden

7.1 Ratingsystem / Inanspruchnahme von ECAI

Angaben gem. Artikel 444 CRR

Die Bank verwendet die anerkannte externe Ratingagentur „Standard & Poor’s Rating Services (S&P)“ für die Zwecke der CRR. Dies gilt für die bonitätsbeurteilungsbezogene Forderungskategorie Zentralregierungen, Regionalregierungen, Institute sowie für gedeckte Schuldverschreibungen.

Mit ECAIs bewertete Forderungen eingeteilt nach aufsichtsrechtlichen Bonitätsstufen vor KRM in Mio. €	Bonitätsstufen						Kapitalabzug	Sonstiges
	1	2	3	4	5	6		
Risikopositionen gegenüber Zentralregierungen	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Regionalregierungen und lokale Gebietskörperschaften	1,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber öffentliche Stellen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber internationalen Organisationen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Institute	0,7	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
durch Immobilien besicherte Risikopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
ausgefallene Risikopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
mit besonders hohen Risiken verbundene Risikopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Positionen, die Verbriefungspositionen darstellen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unternehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von Anteilen an Organismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Beteiligungsriskopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Positionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	3,7	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0



Mit ECAls bewertete Forderungen eingeteilt nach aufsichtsrechtlichen Bonitätsstufen nach KRM in Mio. €	Bonitätsstufen						Kapital- abzug	Sonstiges
	1	2	3	4	5	6		
Risikopositionen gegenüber Zentralregierungen	1,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Regionalregierungen und lokale Gebietskörperschaften	1,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber öffentliche Stellen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber multilateralen Entwicklungsbanken	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber internationalen Organisationen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Institute	0,7	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen aus dem Mengengeschäft	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
durch Immobilien besicherte Risikopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
ausgefallene Risikopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
mit besonders hohen Risiken verbundene Risikopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von gedeckten Schuldverschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Positionen, die Verbriefungspositionen darstellen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen gegenüber Instituten und Unter- nehmen mit kurzfristiger Bonitätsbeurteilung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Risikopositionen in Form von Anteilen an Orga- nismen für Gemeinsame Anlagen (OGA)	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Beteiligungsrisikopositionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Positionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Gesamt	3,7	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

7.2 Kreditminderungstechniken

Angaben gem. Artikel 442 CRR

Neben der Bonität der Kreditnehmer bzw. der Kontrahenten sind die zur Verfügung stehenden Sicherheiten (bzw. allgemeine Kreditminderungstechniken) von maßgeblicher Bedeutung für das Ausmaß der Adressenausfallrisiken. Für die Zwecke der CRR berücksichtigt die Bank verpfändete Guthaben sowie verpfändete Wertpapiere.

Finanzielle Sicherheiten werden täglich Mark-to-Market bewertet.

Bei Devisentermin- und Devisenoptionsgeschäften wird das aufsichtsrechtliche Netting von auf gleiche Währung lautenden Geschäften durchgeführt. Grundlage hierfür ist der Rahmenvertrag des Bankenverbandes für Finanztermingeschäfte.



Darüber hinaus bestehen Risikounterbeteiligungen/Garantien von anderen, i. d. R. inländischen Banken.

Auf die Anrechnung weiterer Sicherheiten im Sinne der CRR wird verzichtet.

Es bestehen keine besonderen Risikokonzentrationen innerhalb der Sicherungsinstrumente.

Angaben gem. Artikel 442 CRR

Gesamtsumme der ausstehenden Forderungsbeträge

Adressenausfallrisiken gemäß Standardansatz (in Mio. €)

Risikogewicht	vor Kreditrisiko- minderung	nach Kreditrisiko-minderung mit Substitutionseffekten	Positionswert	Risikogewichteter Positionswert
0%	2.575,2	2.863,0	2.855,0	0,0
2%	0,0	0,0	0,0	0,0
4%	0,0	0,0	0,0	0,0
10%	0,0	0,0	0,0	0,0
20%	672,4	679,6	679,1	135,8
35%	0,0	0,0	0,0	0,0
50%	0,2	0,2	0,2	0,1
70%	0,0	0,0	0,0	0,0
75%	3,1	3,1	3,1	2,3
100%	1.750,0	1.443,3	641,8	641,8
150%	0,2	0,2	0,2	0,3
250%	1,7	1,7	1,7	4,3
370%	0,0	0,0	0,0	0,0
1250%	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige Risikogewichte	81,4	81,4	81,4	2,2

Gesamtbetrag des gesicherten Exposures (in Mio. €)

Portfolio	Finanzielle Sicherheiten	Garantien und Kreditderivate
Unternehmen	299,4	7,3
Gesamt	299,4	7,3



8. Gegenparteiausfallrisiko

Positive Wiederbeschaffungswerte	Positiver Bruttozeitwert vor Aufrechnung und Sicherheiten	Aufrechnungs- möglichkeiten	Positiver Bruttozeitwert nach Aufrechnung und Sicherheiten
Zinsderivate	1,2	0,0	1,2
Währungsderivate	198,0	38,7	159,3
Kreditderivate	0,0	0,0	0,0
Aktienderivate	33,2	0,0	33,2
Gesamt	232,4	38,7	193,7

Das gesamte Kontrahentenausfallrisiko von Berenberg beläuft sich zum 31.12.2014 auf Mio. 24,8 Euro, die entsprechenden positiven Marktwerte betragen Mio. 148,3 Euro.



9. Unbelastete Vermögenswerte

Die folgenden Tabellen geben einen Überblick über den Grad der Belastung der Vermögenswerte und hieraus abgeleitet eine Einschätzung über die Zahlungsfähigkeit der Bank. Vermögenswerte gelten dann als belastet bzw. gebunden, wenn sie für das Institut nicht frei verfügbar sind. Dies ist immer dann der Fall, wenn Sie verpfändet bzw. verliehen sind oder zur Absicherung eigener Kredite und zur Besicherung potentieller Verpflichtungen aus dem Derivategeschäft oder zur Bonitätsverbesserung im Rahmen von bilanziellen oder außerbilanziellen Transaktionen genutzt werden. Die folgenden Ausführungen basieren auf den in den EBA-Leitlinien enthaltenen Vorgaben zur Offenlegung belasteter und unbelasteter Vermögenswerte (EBA/GL/2014/03):

Buchwerte der belasteten und unbelasteten Vermögenswerte (in Mio. €)

Buchwert	Belastete Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert der belasteten Vermögenswerte	Unbelastete Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert der unbelasteten Vermögenswerte
Aktieninstrumente	175,3	175,3	186,4	186,4
Schuldtitel	462,1	478,1	2.295,3	2.322,8
Sonstige Vermögenswerte	0,0		1.394,9	
Gesamt	637,4		3.876,6	

Erhaltene Sicherheiten für belastete und unbelastete Vermögenswerte (in Mio. €)

	Beizulegender Zeitwert der belasteten erhaltenen Sicherheiten bzw. ausgegebenen eigenen Schuldtitel	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten bzw. ausgegebenen eigenen Schuldtitel, die zur Belastung in Frage kommen
Erhaltene Sicherheiten insgesamt		
Aktieninstrumente	0,0	0,0
Schuldtitel	0,0	0,0
Sonstige erhaltene Sicherheiten	311,2	311,2
Gesamt	311,2	311,2

Belasteten Vermögenswerte / erhaltene Sicherheiten und damit verbundene Verbindlichkeiten (in Mio. €)

	Deckung der Verbindlichkeiten, Eventualverbindlichkeiten oder ausgeliehenen Wertpapiere	Vermögenswerte, erhaltene Sicherheiten und andere ausgegebene eigene Schuldtitel als belastete Pfandbriefe und ABS
Buchwert ausgewählter Verbindlichkeiten	44,3	0,0



10. Offenlegung gemäß § 16 InstitutsVergV

Eine Offenlegungspflicht besteht nach Novellierung der Institutsvergütungsverordnung für unser Haus aus § 16 Institutsvergütungsverordnung oder anderen gesetzlichen Grundlagen heraus nicht, wir legen dennoch im Weiteren die Ausgestaltung unserer Vergütungssysteme nach Ländern offen.

Deutschland

Das Vergütungssystem unterscheidet in der Vergütung zwischen jenen Mitarbeitern, die durch Bezugnahme im Anstellungsvertrag dem Mantel- und Gehaltstarifvertrag für das private Bankgewerbe unterliegen (Tarif-Mitarbeiter) und jenen Mitarbeitern, deren Vergütung oberhalb des Gehaltstarifvertrages liegt (AT-Mitarbeiter).

Bei den Tarif-Mitarbeitern richtet sich die Höhe der monatlichen Bruttogehaltsbezüge nach der entsprechenden Eingruppierung und dem jeweiligen Berufsjahr. Darüber hinaus erhalten die Tarif-Mitarbeiter ein tariflich festgelegtes 13. Monatsgehalt.

Bei den außertariflich vergüteten Mitarbeitern hat die Bank individualvertraglich das Gehaltssystem mit Beginn des Jahres 2013 vereinfacht: die Mitarbeiter erhalten ein Fixgehalt, welches in 12 Monatsraten ausgezahlt wird. Diese Systematik gilt auch für alle neu eintretenden Mitarbeiter. Ein kleiner Teil der Mitarbeiter ist bei der vorherigen Gehaltszahlungssystematik verblieben (Eintritt bis einschl. 31. Dezember 2000: Fixgehalt in 12 Monatsbeiträgen zzgl. einer fest zugesagten Tantieme, die vierteljährlich in den Monaten Februar, Mai, August und November zur Auszahlung kommt / Eintritt vom 1. Januar 2001 bis 30. September 2012: Fixgehalt in 14 gleichen Monatsbeträgen).

Neben der fixen Vergütung können Mitarbeitern variable Vergütungen in Form von Boni oder Sonderzahlungen gewährt werden. Ob und in welchem Umfang Bonuszahlungen erfolgen, wird jährlich bestimmt. Aus diesen Zahlungen ergibt sich für die Mitarbeiter kein Anspruch auf Bonuszahlungen in den Folgejahren.

Für die Bestimmung der Bonushöhe wird unter anderem die qualitative und quantitative individuelle Leistung des Mitarbeiters sowie der Erfolg des Geschäftsbereiches und der Gesamtbank herangezogen. Diese Elemente geben allerdings nur einen Richtwert vor, denn es besteht keine Rechenformel nach welcher sich der Bonus bemisst. Die genaue Festlegung erfolgt diskretionär. Dabei werden die Obergrenzen gemäß § 25 a KWG eingehalten.

Sollte im Zusammenhang mit der Begründung eines Arbeitsverhältnisses ein Bonus garantiert werden, so wird diese Garantie maximal für das erste Jahr der Beschäftigung festgelegt.

Zudem werden in unserem Haus gemäß § 5 (3) Abs. 2 InstitutsVergV keine einzelvertraglichen Ansprüche auf Leistungen für den Fall der Beendigung der Tätigkeit, die selbst bei negativen individuellen Erfolgsbeiträgen der Höhe nach unverändert bleiben, begründet.

Schweiz

Die Mitarbeiter in der Vertretung Zürich unterliegen keinem Tarifvertrag. Sie erhalten ein Fixgehalt in CHF, welches in 12 Monatsbeträgen zur Auszahlung kommt.



Zusätzlich zu dem Fixgehalt kann die Bank dem Mitarbeiter zusätzliche Boni zahlen. Diese Boni stellen eine freiwillige Leistung dar, auf die auch nach mehrmaliger Zahlung kein Rechtsanspruch besteht. Ob und in welchem Umfang Bonuszahlungen erfolgen, wird jährlich bestimmt. Die Bonusbestimmung erfolgt wie in Deutschland.

Sollte im Zusammenhang mit der Begründung eines Arbeitsverhältnisses ein Bonus garantiert werden, so wird diese Garantie maximal für das erste Jahr der Beschäftigung festgelegt.

Österreich

Die Mitarbeiter in der Niederlassung Wien unterliegen keinem Tarifvertrag. Sie erhalten ein Fixgehalt, welches in 14 Monatsbeträgen zur Auszahlung kommt.

Zusätzlich zu dem Fixgehalt kann die Bank dem Mitarbeiter zusätzliche Boni zahlen. Diese Boni stellen eine freiwillige Leistung dar, auf die auch nach mehrmaliger Zahlung kein Rechtsanspruch besteht. Ob und in welchem Umfang Bonuszahlungen erfolgen, wird jährlich bestimmt. Die Bonusbestimmung erfolgt wie in Deutschland.

Sollte im Zusammenhang mit der Begründung eines Arbeitsverhältnisses ein Bonus garantiert werden, so wird diese Garantie maximal für das erste Jahr der Beschäftigung festgelegt.

Frankreich

Die Mitarbeiter in der Niederlassung Paris unterliegen keinem Tarifvertrag. Sie erhalten ein Fixgehalt, welches jeweils in 12 Monatsbeträgen zur Auszahlung kommt.

Zusätzlich zu dem Fixgehalt kann die Bank dem Mitarbeiter zusätzliche Boni zahlen. Diese Boni stellen eine freiwillige Leistung dar, auf die auch nach mehrmaliger Zahlung kein Rechtsanspruch besteht. Ob und in welchem Umfang Bonuszahlungen erfolgen, wird jährlich bestimmt. Die Bonusbestimmung erfolgt wie in Deutschland.

Sollte im Zusammenhang mit der Begründung eines Arbeitsverhältnisses ein Bonus garantiert werden, so wird diese Garantie maximal für das erste Jahr der Beschäftigung festgelegt.

Luxemburg

Die Mitarbeiter in der Niederlassung Luxemburg unterliegen keinem Tarifvertrag. Sie erhalten ein Fixgehalt, welches jeweils in 13 Monatsbeträgen zur Auszahlung kommt.

Das Grundgehalt wird gemäß der rechtswirksamen Festsetzung der in Luxemburg für Gehälter zugrunde gelegten Indexziffer für die Lebenshaltungskosten fortlaufend angepasst.

Zusätzlich zu dem Fixgehalt kann die Bank dem Mitarbeiter zusätzliche Boni zahlen. Diese Boni stellen eine freiwillige Leistung dar, auf die auch nach mehrmaliger Zahlung kein Rechtsanspruch besteht. Ob und in welchem Umfang Bonuszahlungen erfolgen, wird jährlich bestimmt. Die Bonusbestimmung erfolgt wie in Deutschland.

Sollte im Zusammenhang mit der Begründung eines Arbeitsverhältnisses ein Bonus garantiert werden, so wird diese Garantie maximal für das erste Jahr der Beschäftigung festgelegt.



Großbritannien

Die Mitarbeiter in der Niederlassung London unterliegen keinem Tarifvertrag. Sie erhalten ein Fixgehalt in GBP, welches in 12 Monatsbeträgen zur Auszahlung kommt.

Zusätzlich zu dem Fixgehalt kann die Bank dem Mitarbeiter zusätzliche Boni zahlen. Diese Boni stellen eine freiwillige Leistung dar, auf die auch nach mehrmaliger Zahlung kein Rechtsanspruch besteht. Ob und in welchem Umfang Bonuszahlungen erfolgen, wird jährlich bestimmt. Die Bonusbestimmung erfolgt wie in Deutschland.

Sollte im Zusammenhang mit der Begründung eines Arbeitsverhältnisses ein Bonus garantiert werden, so wird diese Garantie maximal für das erste Jahr der Beschäftigung festgelegt.

Tochtergesellschaften

Berenberg Bank (Schweiz) AG

Die Berenberg Bank (Schweiz) AG verfügt über eine eigene Vergütungsordnung, die die Anforderungen der InstitutsVergV und des KWG erfüllt.

Berenberg Capital Management LLC (BCM)

Die Mitarbeiter der BCM erhalten ein Fixgehalt in US \$, welches in 24 Halb-Monatsbeträgen zur Auszahlung kommt.

Zusätzlich zu dem Fixgehalt kann die BCM dem Mitarbeiter Boni zahlen. Diese Boni stellen eine freiwillige Leistung dar, auf die auch nach mehrmaliger Zahlung kein Rechtsanspruch besteht. Ob und in welchem Umfang Bonuszahlungen erfolgen, wird jährlich bestimmt. Die Bonusbestimmung erfolgt wie in der Gruppe.

Sollte im Zusammenhang mit der Begründung eines Arbeitsverhältnisses ein Bonus garantiert werden, so wird diese Garantie maximal für das erste Jahr der Beschäftigung festgelegt.

Berenberg Asset Management LLC (BAM)

Die Mitarbeiter der BAM erhalten ein Fixgehalt in US \$, welches in 24 Halb-Monatsbeträgen zur Auszahlung kommt.

Zusätzlich zu dem Fixgehalt kann die BAM dem Mitarbeiter Boni zahlen. Diese Boni stellen eine freiwillige Leistung dar, auf die auch nach mehrmaliger Zahlung kein Rechtsanspruch besteht. Ob und in welchem Umfang Bonuszahlungen erfolgen, wird jährlich bestimmt. Die Bonusbestimmung erfolgt wie in der Gruppe.

Sollte im Zusammenhang mit der Begründung eines Arbeitsverhältnisses ein Bonus garantiert werden, so wird diese Garantie maximal für das erste Jahr der Beschäftigung festgelegt.



11. Schlusserklärung

Der Geschäftsleitung erklärt mit seiner Unterschrift, dass die bei Berenberg eingesetzten Methoden und Verfahren des Risikomanagements geeignet sind, stets ein umfassendes Bild über das Risikoprofil der Bank abzugeben. Mithilfe der eingesetzten Modelle wird insbesondere ermöglicht, die Risikotragfähigkeit der Bank nachhaltig sicherzustellen.

Andreas Brodtmann

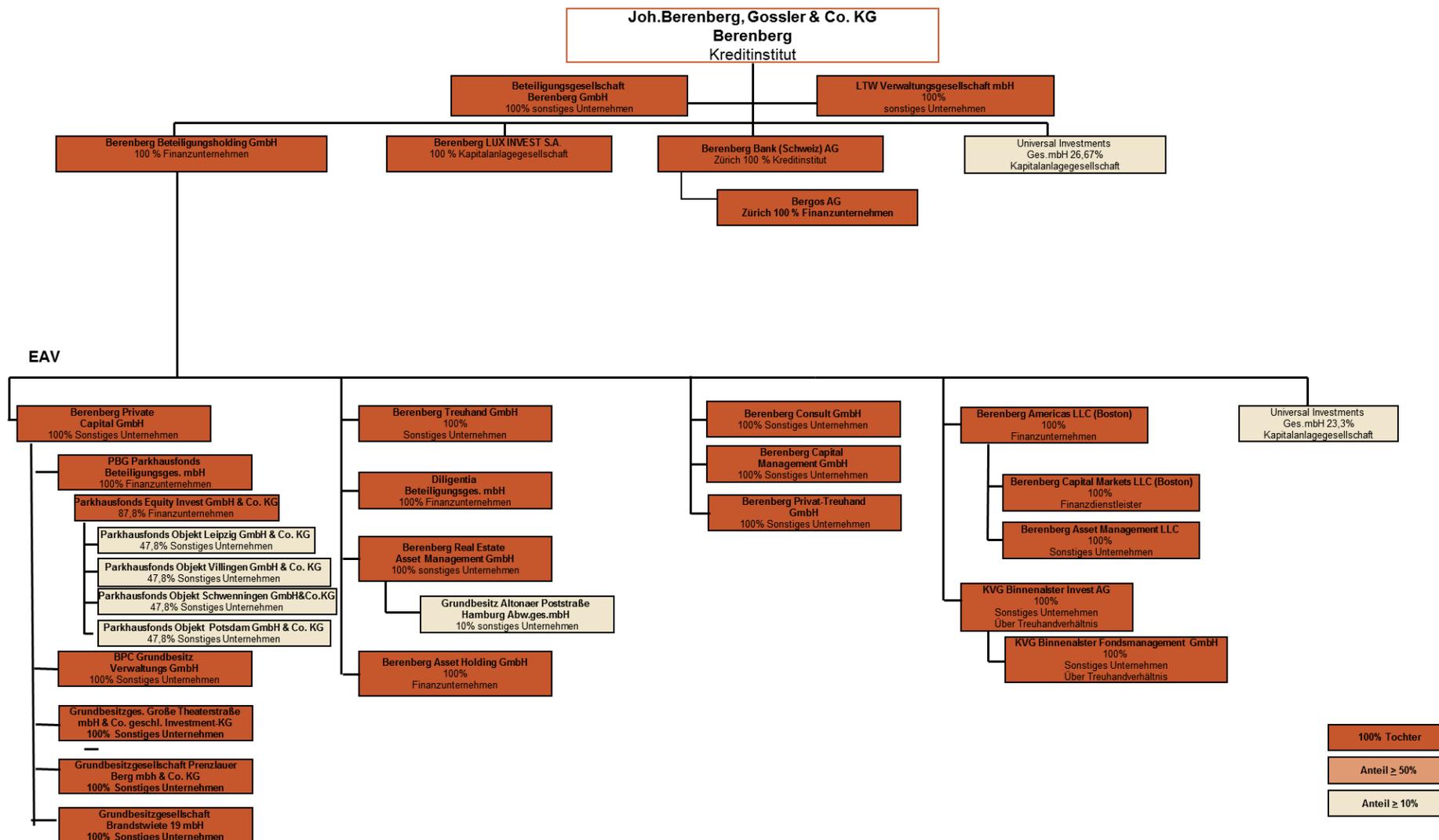
Dr. Hans-Walter Peters

Hendrik Riehmer



Anlage 1: Beteiligungsübersicht

Beteiligungsübersicht



100% Tochter
Anteil ≥ 50%
Anteil ≥ 10%



Anlage 2

Lebenslauf

Dr. Hans-Walter Peters

Persönliche Angaben

Geburtstag/-ort: 3. April 1955 Soltau (Niedersachsen)

Beruflicher Werdegang

seit 1994	Berenberg, Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Hamburg
seit Januar 2009	Sprecher der persönlich haftenden Gesellschafter mit Verantwortung für die Bereiche Private Banking, Asset Management, Finanzen, Compliance, Recht und Unternehmenskommunikation
seit 2000	Persönlich haftender Gesellschafter
1997	Generalbevollmächtigter
1994	Eintritt bei Berenberg als Direktor
1990–1994	Frankfurter Volksbank eG Wertpapierbereichsleiter mit Gesamtprokura bzw. Generalvollmacht
1989–1990	DG Bank, Frankfurt Leiter Portfolio-Strategie, Stv. Leiter Investment Research, Mitglied im Rentenausschuss der Union Investment Gesellschaft
1987–1989	Dresdner Bank AG, Frankfurt zuletzt Leiter der quantitativen Analyse

Ausbildung

1976–1986	Studium der Volkswirtschaftslehre und der Statistik, Universität Dortmund mit anschließender Promotion Abschlüsse als Diplom-Volkswirt (1983) und Diplom-Statistiker (1984) Promotion zum Dr. sc. pol. (1986)
-----------	---



Lebenslauf

Hendrik Riehmer

Persönliche Angaben

Geburtstag/-ort: 20. Juli 1968 Hamburg (Hamburg)

Beruflicher Werdegang

seit 1990	Berenberg, Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Hamburg
seit 2009	Persönlich haftender Gesellschafter
2005–2008	Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung, seit 01/2007 Partner (stiller Gesellschafter)
2002	Generalbevollmächtigter
2001–2006	Verantwortung für das Institutionelle Asset Management
2001–2005	Leiter Investment Banking
1998–2001	Trading and Sales Research
1996–1998	Kundenbetreuung im Institutional Asset Management
1990–1996	Betreuung von Auslandskunden im Institutionellen Asset Management

Ausbildung

1988–1990	Hamburger Sparkasse Ausbildung zum Bankkaufmann
-----------	--



Lebenslauf

Andreas Brodtmann

Persönliche Angaben

Geburtstag/-ort: 21. Mai 1963 Hamburg (Hamburg)

Beruflicher Werdegang

- seit 1992 Berenberg, Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG, Hamburg
- seit 2009 Persönlich haftender Gesellschafter
- seit 2008 Mitglied des Verwaltungsrats der Berenberg Bank (Schweiz) AG, seit 2009 Vorsitzender des Verwaltungsrats
- 2007–2008 Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung, seit 01/2007 Partner (stiller Gesellschafter)
- 2003–2007 Mitglied der Geschäftsleitung der Berenberg Bank (Schweiz) AG
- 2001–2003 Leitung des Geschäftsbereiches International Investment Management
- 1992–2001 Leitung „Asset Management/International Private Banking“ mit den Verantwortungsbereichen Portfolio Management und Teilen des Publikumsfondsgeschäftes
- 1982–1992 NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale Vermögensverwaltung, Kreditsachbearbeitung im Firmenkundengeschäft, Kunden- und kreditbereichsbezogenes Traineeprogramm, Kundenberatung

Ausbildung und Studium

- 06/1989–12/1989 Fortbildung zum Sparkassenbetriebswirt an der Sparkassenakademie Hannover
- 09/1985–09/1988 Trainee-Programm der NORD/LB in diversen Führungsabteilungen, dem Wertpapierbereich und zentralen Kreditabteilungen
- 08/1982–06/1984 Ausbildung zum Bankkaufmann bei der NORD/LB mit Abschluss von der IHK



BERENBERG

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Joh. Berenberg, Gossler & Co. KG
Neuer Jungfernstieg 20
20354 Hamburg
Telefon +49 40 350 60-0
Telefax +49 40 350 60-900
www.berenberg.de